

Sicherheit in Zentralasien: T. II, Kleinkriege im Ferganatal und das Problem der 'neuen Sicherheitsrisiken'

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (2000). *Sicherheit in Zentralasien: T. II, Kleinkriege im Ferganatal und das Problem der 'neuen Sicherheitsrisiken'*. (Berichte / BIOst, 25-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41650>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Der "Schock von Batken" und seine Konsequenzen	7
<i>Die Wiederholung im Sommer 2000</i>	<i>11</i>
Terroristische Strukturen in Zentralasien:	
Die "Islamische Bewegung Usbekistans"	13
Dschihad vom Kaukasus bis Mittelasien?	17
Das Ferganatal als sicherheitspolitische Problemzone	
Zentralasiens	23
"Neue Sicherheitsrisiken"	26
<i>Demographische Faktoren.....</i>	<i>30</i>
<i>Umweltprobleme und Wasserkonflikte</i>	<i>31</i>
<i>Drogenproduktion, -schmuggel und -handel</i>	<i>33</i>
Ausblick: Politisches Herrschaftssystem und Stabilitätssicherung.....	37
Summary	39

5. September 2000

Uwe Halbach

Sicherheit in Zentralasien

Teil II: Kleinkriege im Ferganatal und das Problem der "neuen Sicherheitsrisiken"

Bericht des BIOst Nr. 25/2000

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die Kämpfe der Streitkräfte Kirgistans, Usbekistans und Tadschikistans mit Freischärlern aus dem Umfeld einer militant-oppositionellen "Islamischen Bewegung Usbekistans" im Sommer und Herbst 1999 sowie erneut seit August 2000 führen der gesamten zentralasiatischen Region die Schwäche ihrer Sicherheitsstrukturen vor Augen und haben das Thema "Sicherheit in Zentralasien" international publik gemacht. Die zentralasiatischen Regierungen appellieren an die Weltgemeinschaft, die von islamistischen Parolen begleiteten Invasionen von Kampfgruppen, die von Afghanistan und Tadschikistan in das Ferganatal eindringen, auch als eine Herausforderung der internationalen Sicherheit zu begreifen. Internationale Organisationen wie UNO und OSZE haben im Zusammenhang mit diesen Ereignissen verstärkt ihrer Besorgnis über die von Afghanistan ausgehenden Gefahren für die Sicherheit Zentralasiens Ausdruck verliehen. Rußland propagiert den "Kampf gegen den internationalen Terrorismus" im Rahmen der GUS und im globalen Maßstab. Moskau versucht, daraus auch eine Legitimierung seiner Kriegsmaßnahmen in Tschetschenien abzuleiten, die aber ihrerseits einer Einmischung islamistischer Kräfte aus dem Ausland in die Entwicklungen an Rußlands Südflanke Vorschub leisten. Die Kleinkriege im Ferganatal sind zwar lokal begrenzt. Die – von einzelnen Quellen und den Medien mitunter übertrieben dargestellte – Stärke der "Guerillatruppen" ist eher minimal. Die usbekischen Streitkräfte setzen sich derzeit in der Provinz Surchandarja mit Feindgruppen in der Stärke von 70 bis 100 Mann auseinander. Aber solche Kämpfe sind eng mit nichttraditionellen Sicherheitsrisiken der Region verknüpft, die in der Tat auch für die internationale Sicherheit von Belang sind – nicht zuletzt mit dem ausgreifenden Drogenhandel und -transfer von Afghanistan über Tadschikistan in den GUS-Raum und über ihn hinaus. Der vorliegende Bericht befaßt sich mit dieser Verknüpfung und stellt die Kleinkriege im Ferganatal in Beziehung zu dem Problem der "neuen Sicherheitsrisiken" im Süden der GUS.

Ergebnisse

1. Der "Schock von Batken", die Kämpfe im Süden Kirgistans im Sommer und Herbst 1999, wurde in der Region selber als ein Vorspiel zu weiteren Infiltrationen aus Landesteilen Ta-

- dschikistans, die sich der Kontrolle durch die Regierung entziehen, und aus Diversionen unter dem Schutz der Taliban aufgefaßt. Seine Wiederholung im Sommer 2000 rief eine Dominotheorie ins Leben, wonach sich nun auch Kasachstan auf die Infiltration terroristischer Gruppen in seine Südprovinzen gefaßt machen sollte.
2. In Mitteilungen über terroristische Strukturen in Zentralasien steht eine erst seit 1999 bekanntgewordene "Islamische Bewegung Usbekistans" im Mittelpunkt. In offiziellen Quellen Usbekistans und anderer zentralasiatischer Staaten, in russischen und lokalen Pressemeldungen auf der Grundlage geheimdienstlicher Mitteilungen wird an ihr die enge Verknüpfung der Themen "religiöser Extremismus", "Kriminalität und Drogenhandel" und "internationaler Terrorismus" demonstriert. Ihre Ursprünge weisen auf die frühen neunziger Jahre zurück, als im usbekischen Teil des Ferganatal eine Konfrontation zwischen säkularer Staatsgewalt und islamistischen Oppositionsbewegungen begann. Diese Konfrontation steigerte sich in den folgenden Jahren zu massiven staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen angebliche "religiöse Extremisten" einerseits und zu einer Radikalisierung und Militarisierung "usbekischer Flüchtlinge", die vor dieser Verfolgung nach Tadschikistan und Afghanistan geflohen waren und dort unter den Einfluß islamistischer Bürgerkriegsparteien gerieten, andererseits. Die Führer der Bewegung, Tahir Joldaschew und Dschuma Namangani, begründen ihre kriegesischen Aktionen im Ferganatal als Kampfmaßnahmen gegen das "Karimow-Regime", dem sie die Verfolgung "von Tausenden von Moslems" anlasten. Andere Quellen, so etwa Mitteilungen aus dem Sicherheitsrat Kirgistans, weisen auf eine andere Motivation hin: Die militärischen Operationen von Terrorbanden im Süden Zentralasiens dienten der Sicherung von Drogenrouten vor staatlichem Zugriff.
 3. Die Kleinkriege im Ferganatal werden besonders in russischen Quellen in Querverbindungen zu dem Krieg in Tschetschenien und zu einer "radikalen Reislamisierung" des Nordkaukasus gebracht. Afghanistan und Tschetschenien bilden in dieser Darstellung die Brennpunkte eines in den Süden der GUS hineingetragenen antirussischen "Dschihad", an dem sich angeblich "islamistische Terroristen aus Dutzenden von Ländern" beteiligen. Dieses Szenario rückte das Thema "Islam in Zentralasien" in einen engen Zusammenhang mit Sicherheits- und Geopolitik und verengte es auf den Aspekt des "religiösen Extremismus" und politisierten "Islamismus", was den – regional stark differenzierten – kulturellen und religiösen Verhältnissen in Zentralasien nicht gerecht wird. Die Formel von der "islamistischen Bedrohung" wurde zum Generalnenner für ein breites Spektrum regionaler Sicherheits- und Stabilitätsprobleme, das von sozialökonomischen Krisen und Konflikten bis zu spezifischen Sicherheitsrisiken wie dem ausgreifenden Drogenhandel reicht.
 4. Diese indigenen Sicherheitsprobleme werden am Ferganatal, dem Schauplatz der genannten Kämpfe, deutlich. Diese Region aus kritischen Landesteilen Usbekistans, Kirgistans und Tadschikistans hat sich aus einer Reihe von geographischen, demographischen, sozialökonomischen, historischen und kulturellen Gründen zu einer sicherheitspolitischen Problemregion Zentralasiens entwickelt.

5. Unter dem Begriff der "neuen Sicherheitsrisiken" wird eine Vielzahl sicherheitspolitisch relevanter Probleme nachsowjetischer Regionen subsumiert: soziale und ethnische Konflikte, Sezessionstendenzen in Vielvölkerstaaten, konflikthafter Regionalismus, Korruption und Kriminalität in Transitionsgesellschaften, Umweltprobleme, demographische Entwicklung u.a. Sie bilden den Nährboden für das Gedeihen von ethnisch, religiös oder politisch determinierten Erscheinungsformen von Extremismus. Hier werden drei Sicherheitsrisiken herausgegriffen und ausführlicher behandelt, die für Zentralasien langfristig relevant oder bereits höchst akut sind: demographische Entwicklungen, Wasser- und Umweltprobleme und Drogenhandel.

Der "Schock von Batken" und seine Konsequenzen

Seit Ende Juli 1999 drangen Freischärler über die tadschikische Region von Dschirgatal in einen entlegenen südwestlichen Landesteil Kirgistans im Ferganatal ein. Die Eindringlinge wurden als "usbekische Flüchtlinge" identifiziert, die – verstärkt seit 1997 – vor staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen "religiöse Extremisten" aus dem usbekischen Teil des Ferganats nach Tadschikistan und Afghanistan geflohen waren. Als ihr organisatorischer Kern wurde die "Islamische Bewegung Usbekistans" festgestellt, auf die weiter unten eingegangen wird. Die Infiltranten hatten vor dieser Aktion eine Ausbildung in einem Lager im Karategintal in Tadschikistan absolviert. Sie hatten angeblich den Auftrag, über das unkontrollierte Grenzgebiet von Batken nach Usbekistan vorzustoßen. Als ihr Ziel wurde der Kampf gegen die bestehenden politischen Machtverhältnisse in Usbekistan und die Errichtung einer "islamischen Republik" im Ferganatal deklariert.¹

Am 16. August 1999 bombardierte die Luftwaffe Usbekistans Siedlungen in der Region von Dschirgatal in Tadschikistan. Zwei Tage später folgten versehentliche Angriffe gegen Siedlungen auf dem Territorium Kirgistans, aus deren Umgebung sich die Rebellen bereits zurückgezogen hatten. In der letzten Augustwoche kam es zu erneuten Infiltrationen aus Tadschikistan nach Kirgistan. Diesmal wurden Dörfer in der Nähe eines Lagers erobert, in dem sich japanische Geologen aufhielten. Als ein General der Truppen des Innenministeriums sich in dieses Lager begab, um die Japaner um die Benutzung ihres Satellitentelefons zu bitten, überfielen die Rebellen das Lager und nahmen den General und vier Japaner als Geiseln.

Es folgten weitere Luftangriffe Usbekistans im kirgisisch-tadschikischen Grenzgebiet, während der kirgisische Präsident Akajew seinen Verteidigungsminister wegen Nichterfüllung des Befehls zur Vernichtung der Insurgenten entließ. Aus Taschkent verlauteten Anklagen gegen Tadschikistan, weil es auf seinem Staatsterritorium Basen eines grenzüberschreitenden Terrorismus beherberge, und gegen Kirgistan, weil sich seine Streitkräfte gegenüber den Eindringlingen als hilflos erwiesen. Präsident Akajew ordnete über den Ukas "Maßnahmen zur Stabilisierung der Situation in Batken" eine Mobilisierung nicht nur der regulären Streitkräfte, sondern auch nichtmilitärischer Potentiale ("sportsmeny", "al'pinisty", "Union der Afghanistanveteranen" und andere Freiwillige) gegen die Invasoren an. In Osch, dem Zentrum Südkirgistans, trafen sich die Verteidigungsminister der vier Staaten der Zentralasiatischen Union und diskutierten über einen gemeinsamen Aktionsplan. In ihrer Erklärung hoben sie hervor, daß sich die Insurgenten aus Angehörigen verschiedener Nationalitäten zusammensetzten, ihre Aktion somit dem *internationalen Terrorismus* zuzuschreiben sei. Damit sollten Kontroversen über die Zuordnung der Terroristen entschärft

¹ Zur Darstellung der Ereignisse von Batken siehe: Nurbek Omaruliev/Ajnura Elebaev, Batkenskije sobytija v Kyrgyzstane. Chronika sobytij, in: Central'naja Azija i Kavkaz, 1/2000, S. 24-35; englischsprachige Chronik: Central Asia Monitor, 5/1999; Economist Intelligence Unit, Country Report: Kyrgyz Republic and Tajikistan, First quarter 2000, S. 29; A. Zelichenko, Militants threaten Kyrgyz Frontier, Institute for War and Peace Reporting, www.iwpr.net, 7.4.2000.

werden, die zu Spannungen zwischen den Staaten geführt hatten. In Moskau und in Duschanbe wurde nämlich die Verbindung der Terroristen zur militanten usbekischen Opposition betont, während Taschkent sie der ehemaligen VTO, der Vereinigten Tadschikischen Opposition, zuordnete. Wenn sich unter den Banditen ethnische Usbeken befänden, so Taschkent, handele es sich um Emigranten aus Usbekistan, die jahrelang in den tadschikischen Oppositionsformationen gekämpft hatten. Einige Beobachter interpretierten die Invasion als einen Verzweiflungsakt usbekischer Guerillagruppen, die sich durch den Prozeß "nationaler Versöhnung" in Tadschikistan und die Integration der Oppositionstruppen in die nationalen Streitkräfte des ehemaligen Bürgerkriegslandes ihres Rückhalts beraubt sahen.

Die militärische Auseinandersetzung zwischen den Insurgenten auf der einen und den kirgisischen Landstreitkräften und der usbekischen Luftwaffe auf der anderen Seite zogen sich bis in den Oktober hin. Am 25. Oktober wurden die japanischen Geiseln befreit – angeblich ohne Loskauf. Andere Quellen berichteten von einer hohen Lösegeldzahlung durch Tokio. Die Geiselnehmer zogen sich über die Grenze nach Tadschikistan wieder in ihre Lager zurück. In dem Kleinkrieg von Batken hatten 32 Bürger Kirgistans ihr Leben verloren. Trotz der Hinweise auf die "Islamische Bewegung Usbekistans" wurden die Motive und Ursprünge für dieses Ereignis nicht geklärt. Mal wurde es vornehmlich mit militantem Islamismus, dann wieder stärker mit den Interessen der lokalen und regionalen Drogenmafia in Verbindung gebracht. Laut dem Vizevorsitzenden des Sicherheitsrats Kirgistans kontrollierten die nach Batken eingefallenen "boeviki" bis zu 70 Prozent der von Afghanistan über Tadschikistan nach Kirgistan transferierten Drogenströme.² Die Medien in Kirgistan und anderen zentralasiatischen Staaten sowie in Rußland stellten Verbindungen zwischen Batken und den Ereignissen in Dagestan her und rückten den unter dem Schutz der Taliban stehenden internationalen Terroristen Nummer eins, Osama ben Ladin, in den Mittelpunkt eines islamistisch-terroristischen Netzwerks, das sich von Afghanistan bis nach Tschetschenien spannt.³ Auf der anderen Seite des Spektrums von Verschwörungstheorien wurde auf die Interessen Rußlands an einem sicherheitspolitischen "come back" in der Region hingewiesen und in Erwägung gezogen, daß russische Geheimdienste das Ereignis inszeniert hätten.⁴

Als sicher galt jedoch in den meisten Stellungnahmen zu den Ereignissen von Batken die Aussicht auf weitere ähnliche Invasionen in unzugängliche Regionen des Ferganatales entlang der kirgisisch-tadschikischen Grenze. Kirgisische Geheimdienstquellen schätzten, daß sich bis zu 2.000 Kämpfer entlang dieser Grenze gruppierten und auf die nächste Gelegenheit zu solchen Aktionen warteten. Der Vorsitzende des Sicherheitsrats Kirgistans teilte im Juni 2000 mit, das zwischen 2.000 und 5.000 "islamische Rebellen" in Lagern in der Region von Tawildara in Tadschikistan für weitere Invasionen ausgebildet würden. Diese Rebellen hätten sowohl zu den Taliban als auch zu den tschetschenischen Feldkommandeuren Verbindung.⁵ So übertrieben solche Zahlenangaben auch erscheinen mögen – andere Quellen geben das

² Zit. in Central'naja Azija i Kavkaz, 1/2000, S. 43.

³ Siehe dazu Omuraliev/Elebaeva, a.a.O., S. 34.

⁴ Zu den verschiedenen Interpretationen siehe Alisher Khamidov, Rebels and Refugees: Central Asian Dilemma, in: Slavophilia. Slavic & East European Resources, 26.6.2000 (<http://www.ijt.cz/jul99/specr06001.html>).

⁵ Times of Central Asia, 15.6.2000.

Potential der Rebellen mit einigen Hundert Kämpfern an –, wird die Anwesenheit solcher Gruppen auf dem Territorium des Nachbarlandes doch gegenwärtig als das größte Sicherheitsproblem Kirgistans gesehen. Nach der Beendigung des Bürgerkriegs in Tadschikistan und der Eingliederung von Truppen der VTO in die regulären Streitkräfte des Landes werden Gruppierungen wie die der Exilusbeken weder von der Regierung in Duschanbe unterdrückt noch von der Oppositionsführung kontrolliert. Während der Verlauf des "nationalen Versöhnungsprozesses" in dem ehemaligen Bürgerkriegsland besonders nach den letzten Parlamentswahlen positiv gewertet wurde und sich die Kompromißbereitschaft der Konfliktseiten und ihre Entschlossenheit, nicht wieder in kriegерische Gewalt zurückzufallen, gefestigt hat, machen solche außerhalb der "nationalen Versöhnung" stehenden Gruppierungen aus Tadschikistan weiterhin eine Zone der Instabilität und Chaosdiffusion.

Die kirgisischen Politiker, Behörden und Medien stellten die Perspektive weiterer Invasionen als so selbstverständlich dar, daß die Bevölkerung in der Region in ständiger Angst lebt. Die Präsenz der kirgisischen Streit- und Sicherheitskräfte in den von der Invasion betroffenen Gebieten wurde verstärkt, was aber offenbar nicht zur Entspannung in der Bevölkerung führte. Vielmehr wurde von Betroffenen und Augenzeugen berichtet, daß sich die Soldaten gegenüber den Einwohnern sogar rücksichtsloser aufführten, als es die Rebellen getan hatten. Letztere hatten sich darum bemüht, der Bevölkerung Batkens zu vermitteln, daß ihr Vorgehen nicht gegen das Volk und die Regierung Kirgistans gerichtet sei, sondern gegen das "satanische Regime" des Präsidenten Karimow, das viele ihrer Angehörigen ins Gefängnis geworfen und gefoltert habe.⁶

Die kriegерische Episode hatte Konsequenzen. Erstens machte sie Kirgistan als dem hauptsächlich betroffenen Land die Schwachstellen seiner nationalen Sicherheit so schmerzhaft wie nie zuvor bewußt. Seine Streitkräfte hatten hilflos auf die Herausforderung reagiert. Die eilig rekrutierten Freiwilligenverbände wurden fast unbewaffnet, unausgebildet und ohne jede Versorgung gegen einen Feind eingesetzt, der sie völlig ignorierte.⁷ Der bekannteste Oppositionspolitiker, der ehemalige Sicherheitschef und Innenminister Feliks Kulow, gab den amtierenden "Gewaltministern" die Schuld. In seiner eigenen Amtszeit sei die Analyse, Prognose und Prävention von Konflikten und sozialen Erschütterungen viel ernster genommen worden; man habe zu diesem Zweck ein Anti-Terror-Zentrum gegründet.⁸ Andere Sicherheitsexperten des Landes äußerten sich in der Presse darüber, daß sich die Ereignisse von Batken schon lange angekündigt hätten. Eine Zeitung machte den Nepotismus in der Kaderpolitik der Armee für die militärische Schwäche des Landes verantwortlich.⁹ In sowjetischer Zeit waren im Süden Kirgistans Truppen stationiert, die speziell für den Kampf in gebirgigem Gelände trainiert waren. Sie gingen zwar in das militärische Erbe über, das die unabhängige Kirgisische Republik von der Sowjetunion übernahm, waren aber nicht mehr

⁶ Khamidov, a.a.O.

⁷ Kyrgyz Private Relives Batken Nightmare, Reporting Central Asia (Institute for War & Peace Reporting) No. 18, 1.9.2000.

⁸ Delo No., 25.8.1999.

⁹ Slovo Kyrgyzstana, 15.10.1999.

kampfbereit. Von der erbärmlichen technischen Ausrüstung der Militärs zeugt der Vorgang um die Geiselnahme des Kommandierenden der Inneren Truppen, der sich in das Lager der japanischen Geologen begeben mußte, um telefonieren zu können. Die Regierung reagierte mit der Ankündigung einer Verbesserung der Streitkräfte. Präsident Akajew kündigte im Juni 2000 auf einer in Batken abgehaltenen Konferenz an, daß der militärische Schutz nunmehr gewährleistet sei. In dem Gebiet seien 64 Grenzposten neu gebildet worden.¹⁰

Batken hat eine lange Geschichte der Instabilität und gespannter interethnischer Beziehungen. 1989 brachen hier blutige Konflikte zwischen Kirgisen und Tadschiken aus, nachdem tadschikische Kolchosbauern 200 Hektar unbebauten "kirgisischen" Landes besetzt hatten. Die Konflikte um Boden und Wasser wurden nie bereinigt und können jederzeit gewalttätige Ausmaße entwickeln.¹¹ Batken erlangte in jüngster Zeit wegen der engen Verbindung zwischen Drogenhandel und Terrorismus den Spitznamen "Neukolumbien". Die vom Rest des Landes weitgehend abgeschnittene Region mit ihren 380.000 Einwohnern wurde zu einem der wichtigsten Abschnitte des Drogentransits von Afghanistan über Tadschikistan in den GUS-Raum. "Die Route über Batken ist besonders stark frequentiert. Sie bildet den kürzesten und sichersten Weg und war lange Zeit völlig unbewacht. Das bergige Gelände macht eine lückenlose Kontrolle unmöglich. Bewaffnete Gruppen sind hier zwischen Siedlungen auf beiden Seiten der Grenze jahrelang ungestört hin und her gependelt."¹² Es ist eine Region extremer Verarmung, in der die Beteiligung am Drogenschmuggel die einzige Einkommensquelle bildet. Laut Aussage der lokalen Verwaltung sind hier 98 Prozent der Schulabgänger ohne Job.¹³ Nach den Ereignissen vom Sommer 1999 hob die Regierung den administrativen Status dieses völlig unterentwickelten Landstrichs von dem eines Rayons zu dem einer Provinz oder Region an. Batken wurde zur siebten Provinz Kirgistans. Mit dieser Statuserhöhung sind materielle Privilegien wie erhöhte Haushaltsallokationen und Wirtschaftshilfe verbunden.

Zweitens veranlaßte der "Schock von Batken" die Republikführungen in Zentralasien zu verstärkter sicherheitspolitischer Kooperation untereinander. In den Kämpfen des Sommers 1999 hatte die militärische Zusammenarbeit offenbar jämmerlich versagt. Dazu ein kirgisischer Freiwilliger: "Von Usbekistan, das uns Hilfe versprochen hat, haben wir so gut wie nichts bekommen. Unser Bataillon erhielt von der usbekischen Armee vierzig Tellerminen. Das war's. Es reichte für eine halbe Nacht."¹⁴ Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan schlossen am 21. April 2000 einen "Vertrag über das gemeinsame Vorgehen bei der Bekämpfung des Terrorismus, des politischen und religiösen Extremismus, der transnationalen organisierten Kriminalität und anderer Bedrohungen der Stabilität und Sicherheit". Außerdem führten die Ereignisse zu einer verstärkten Anlehnung an Rußland als den am nächsten gelegenen Sicherheitspartner.

¹⁰ Times of Central Asia, 8.6.2000.

¹¹ A. Zelichenko, Militants Threaten Kyrgyz Frontier, RCA, 31.3.2000, Institute for War and Peace Reporting, www.iwpr.net, 7.4.2000.

¹² Ebenda.

¹³ L.M. Handrahan, Tolerance, Education, Gender, and Batken, in: Central Asia Monitor, 1/2000, S. 7-12.

¹⁴ Kyrgyz Private Relives Batken Nightmare, a.a.O.

Hatte Präsident Karimow beim russischen Vorgehen in Dagestan im August 1999 noch gespottet, er könne Rußland beibringen, "wie man Wahhabiten bekämpft", zeigte er sich nun von der russischen Gewaltbereitschaft im Tschetschenienkrieg beeindruckt. Er unterstützte auf einer Pressekonferenz am 11. Dezember die Darstellung Moskaus, wonach Tschetschenien zu einem "Hort des internationalen Terrorismus" geworden ist. Die bilateralen Beziehungen kommentierte er folgendermaßen: "Beide Staaten unterstützen die Prävention und die Beseitigung der Gefahr von Aggression an den südlichen Grenzen der GUS, der Verbreitung von religiösem Extremismus, internationalem Terrorismus und des Einflusses internationaler extremistischer Zentren auf die Situation in Zentralasien."¹⁵ Auf dem ersten GUS-Gipfel unter der Führung des neuen russischen Präsidenten im Januar 2000 schlug Präsident Karimow, der sich in der Vergangenheit gern über den metaphysischen Charakter der GUS ausgelassen hatte und multilaterale Kooperation in ihrem Rahmen auf eine Freihandelszone beschränken wollte, einen ungewohnten Ton an. Er bezeichnete Rußland als das "Rückgrat der GUS".

Hinter solchem Sinneswandel standen natürlich nicht nur einzelne, wenn auch alarmierende Ereignisse wie die Kämpfe von Batken und die durch sie deutlich gewordene Schwäche der regionalen Sicherheitsstrukturen, sondern langfristige Trends, die sich schon vor dem Kleinkrieg im Ferganatal entfaltet hatten. Dazu gehört die Frustration zentralasiatischer Staaten und insbesondere Usbekistans über westliche Kritik an ihren politischen und wirtschaftlichen Reformbilanzen. Präsident Karimow äußerte auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul im November 1999 Unverständnis darüber, daß vom Westen dominierte internationale Organisationen ihre Aufmerksamkeit einseitig auf die Demokratisierung und nicht auf die Stabilitätswahrung und Sicherheit in Zentralasien richteten. Dem war scharfe Kritik der OSZE, der USA und europäischer Institutionen an dem undemokratischen Charakter der letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Region vorausgegangen. Auch der wegen der Behinderung von Opposition international ebenfalls heftig getadelte Präsident Kasachstans schlug in diese Kerbe. Er verglich gar westliche Ermahnungen in bezug auf die Einhaltung demokratischer Regeln mit Interventionen Moskaus in die Angelegenheiten von Unionsrepubliken in sowjetischer Zeit. Kritik an ihrem immer undemokratischer werdenden Erscheinungsbild haben zentralasiatische Staaten von Rußland kaum zu erwarten. Vielmehr empfinden sie sich mit dem neuen russischen Präsidenten in der starken Betonung von Stabilität und Staatssicherheit geistesverwandt.

Die Wiederholung im Sommer 2000

Genau ein Jahr nach dem "Schock von Batken" wiederholte sich der Einfall von Insurgenten aus ihren Basen in Tadschikistan nach Kirgistan und diesmal auch in die usbekische Provinz von Surchandarja. Am 7. August teilte Taschkent mit, daß islamische Terroristen unter Führung Tahir Joldaschews und Dschuma Namanganis, der beiden Führer der "Islamischen Bewegung Usbekistans", die Situation im Süden des Landes zu destabilisieren versuchten. "Man sollte diese Leute weder als Oppositionelle noch als religiöse Fanatiker bezeichnen.

¹⁵ SWB SU/3717 G/1, 14.12.1999.

Das sind Banditen, die für Geld die Lage an den Südgrenzen der GUS zu destabilisieren versuchen."¹⁶ Die in entlegenen Gebirgsregionen an der usbekisch-tadschikischen Grenze kämpfenden Formationen der Insurgenten bestehen aus 70 bis 100 Mann. Sie verfügen über moderne Scharfschützenwaffen, Nachtsichtgeräte und Granatwerfer sowie eine militärische Ausbildung, die sie vor allem in Diversionszentren auf dem Territorium Afghanistans erlangt haben sollen. Die Kampfgebiete sind praktisch unbesiedelt, in einzelnen Bergdörfern leben zwischen 15 und 20 Familien. Das Ziel der Infiltranten besteht angeblich in der Gründung von Stützpunkten für die Überquerung des Gebirges und in der Errichtung von Waffen- und Munitionslagern im Grenzgebiet. Bei ihrer Bekämpfung arbeiten usbekische und tadschikische Sicherheitskräfte zusammen. Doch wie im Vorjahr wiederholten sich die Widersprüche in den Aussagen Taschkents und Duschanbes. Präsident Karimow beschuldigte wiederum "einige der ehemaligen Oppositionsführer" in Tadschikistan der Unterstützung der Rebellen, während der tadschikische Minister für Katastrophenschutz, Mirso Sijo, der von den Medien als ehemaliger Feldkommandant der Opposition mit den Führern der "Islamischen Bewegung Usbekistans" in Verbindung gebracht worden war, dieser Behauptung widersprach. Es befänden sich keine gegen Taschkent agierenden Rebellen auf dem Territorium Tadschikistans mehr. Die nach Surchandarja eingesickerten Kampfgruppen seien unmittelbar aus Afghanistan gekommen.

Der Schauplatz der neuerlichen Kampfhandlungen gehört zu den besonderen Problemgebieten Usbekistans – so wie Batken im Falle Kirgistans. Die landwirtschaftlich geprägte Provinz Surchandarja weist eine tadschikische Bevölkerungsmehrheit, eine besonders junge Altersstruktur (die Bevölkerungsmehrheit ist unter 20 Jahre alt) und eine besonders hohe Arbeitslosigkeit auf. Die meisten Familien leben hier unterhalb der Armutsgrenze. Zwar kann von der Unterstützung der Insurgenten durch die lokale Bevölkerung nicht die Rede sein, aber auch in diesem Teil Usbekistans hat "islamische Wiedergeburt" ihre besondere Ausprägung erlangt, die das Auftreten puristisch-fundamentalistischer und politisch-oppositioneller Strömungen mit einschließt.

Am 11. August fielen Rebellengruppen auch wieder in den Süden Kirgistans ein, hauptsächlich zu Erkundungszwecken, wie der Vorsitzende des Sicherheitsrats Kirgistans mitteilte. Die Regierung befürchtete einen Durchbruch der Rebellen in zentrale Teile des Landes. Der Sprecher der kirgisischen Regierung bemängelte das Versagen Tadschikistans bei der Liquidierung von Rebellenbasen auf seinem Staatsterritorium. Dabei betonte er aber, daß die Rebellen kein einzelnes Land oder eine bestimmte Nationalität repräsentieren, sondern ein buntes Nationalitätengemisch aus Usbeken, Tadschiken, Afghanen, Pakistanern, Arabern, Tschetschenen und sogar Ukrainern.¹⁷ Die Betonung des "internationalen Terrorismus" klang durch alle offiziellen Erklärungen der zentralasiatischen Staaten und Rußlands zu den neuerlichen Kämpfen durch. Außerdem wurde nun eine Dominotheorie entwickelt: Nachdem bereits das Territorium Tadschikistans, Kirgistans und Usbekistans von

¹⁶ Zit. in Nezavisimaja gazeta, 8.8.2000.

¹⁷ Times of Central Asia, Vol. 2, Issue 33, 17.10.2000.

Terroraktionen betroffen wurde, müsse sich wohl auch Kasachstan darauf einstellen, daß demnächst Einfälle in seine Südpervenzen stattfinden.¹⁸

Die Ereignisse im Süden Usbekistans und Kirgistan übershatteten den Gipfel der GUS von Jalta, zu dem die Präsidenten Usbekistan und Kirgistan nicht erschienen. Auf einem Treffen in Bischkek gaben die Präsidenten Kasachstans, Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan sowie der Sondervertreter des russischen Präsidenten in einer gemeinsamen Erklärung vom 20. August ihrer ersten Besorgnis über das Ausmaß terroristischer Gewalt und extremistischer Umtriebe in Zentralasien Ausdruck: "Besondere Beunruhigung ruft die Tatsache hervor, daß die Aktionen der internationalen Terroristen zu einer permanenten und chronischen Erscheinung werden, was darauf schließen läßt, daß sie sich langfristig auf die Unterminierung der Sicherheit und Stabilität in Zentralasien, auf die Destabilisierung der Lage in der Region und in der Welt ausrichten. Dies belegt auch, daß Zentralasien ein Hauptobjekt der feindseligen Handlungen des internationalen Terrorismus und Extremismus wird." Dabei wurde nochmals betont, "daß die Aktionen des Terrorismus und des Bandentums in Zentralasien und in Tschetschenien und die militärpolitische Konfrontation in Afghanistan Glieder ein und derselben Kette sind". Die zentralasiatischen Staatsehefs forderten nun Rußland auf, ihrem im April 2000 unterzeichneten Vertrag über gemeinsames Vorgehen bei der Bekämpfung des Terrorismus formell beizutreten, und alle Seiten appellierten "an den Sicherheitsrat der UNO, die OSZE und alle Staaten der Welt, den internationalen Terrorismus und Extremismus nicht nur entschieden zu verurteilen, sondern von Erklärungen zur Ausarbeitung koordinierter praktischer Maßnahmen überzugehen, die eine Beseitigung dieser globalen Bedrohung zum Ziel haben".¹⁹

Terroristische Strukturen in Zentralasien: Die "Islamische Bewegung Usbekistan"

Im Mittelpunkt der Mitteilungen über militärische Konflikte mit islamistischen Insurgenten in der Region steht die "Islamische Bewegung Usbekistan", die seit 1999 als *der* militante und militarisierte Gegner der Regierung in Taschkent, aber auch als eine Gefahr für die Stabilität der gesamten mittelasiatischen Region bekannt wurde. Ihre Bezeichnung ist in zweifacher Hinsicht irreführend. Zum einen ist sie keine Oppositionsbewegung mit einer gesellschaftlichen Grundlage in Usbekistan selber. Die Basis ihrer Entstehung und Entfaltung liegt in der politischen und sozialökonomischen Entwicklung in dem zu Usbekistan gehörenden Teil des Ferganatales und in den Bürgerkriegswirren Tadschikistan und Afghanistan.

Zum anderen ist die Berufung auf den Islam auch bei dieser Bewegung so obszön wie bei allen Terrorgruppen, die sich als Glaubenskämpfer darstellen. Allerdings kann man an der –

¹⁸ Maksim Jusin, Effekt domino, in: Izvestija, 25.8.2000.

¹⁹ Erklärung der Staatsehefs der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik, der Republik Tadschikistan, der Republik Usbekistan und des Sondervertreters des Präsidenten der Russischen Föderation, deutsche Übersetzung verbreitet von der Botschaft der Republik Usbekistan, Berlin, August 2000.

insgesamt wenig bekannten – Geschichte dieser Bewegung und ihrer Führer Tahir Joldaschew und Dschuma Namangani die Wechselwirkung zwischen repressiver Staatspolitik und islamistischer Gewalt studieren, die aus Ländern des Mittleren Ostens nur zu bekannt ist. Ihre Entwicklung zur Militanz liegt nicht zuletzt in der Radikalität begründet, mit der Staatsgewalt und religiös-politischer Dissens im usbekischen Teil des Ferganatal's seit 1992 konfligierten.

Die im Ferganatal gelegene Stadt und Provinz Namangan wurde seit Beginn der neunziger Jahre zum Zentrum islamistischer Opposition gegen die Regierung des Präsidenten Karimow. Der Beiname des militärischen Führers der "Islamischen Bewegung Usbekistans", Namangani, gibt einen Hinweis auf die Besonderheit dieses Landesteils. Ein usbekischer Autor dazu:

Namangan ist eine besondere Region auf der Karte Usbekistans, die tiefe politische und soziale Peripherie der Republik. Abkömmlinge dieser Region haben nie, weder in sowjetischer, noch in nachsowjetischer Zeit, Zugang zu den Machtstrukturen gehabt. Hier sind religiöse Stimmungen besonders stark ausgeprägt. Noch zu Zeiten Gorbatschows tauchten hier erste Untergrundmedresen auf. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden 'Missionare' aus dem islamischen Ausland häufige Gäste in der Region von Namangan. Die Zollbehörden haben hierhin adressierte Containerladungen mit Literatur islamistischen Inhalts sichergestellt.²⁰

Eine andere Quelle nennt das Jahr 1987 als das Geburtsdatum einer radikalen islamischen Bewegung in Usbekistan. Damals hätten sich Vertreter islamistischer Organisationen aus Saudi-Arabien, Afghanistan und Pakistan in der Gumbaz-Moschee von Namangan mit Vertretern der lokalen Geistlichkeit getroffen und die Gründung einer Partei "Wiedergeburt des Islam" mit dem Fernziel der Gründung eines Islamischen Staates auf dem Territorium Usbekistans diskutiert.²¹

Doch als das eigentlich Alarmierende an der neueren Entwicklung stellt der oben zitierte Autor folgendes heraus:

Längst nicht mehr nur in den Dörfern von Namangan, sondern mitten in Taschkent konnte man im Sommer diesen Jahres (1999) auf Flugblätter mit Aufrufen zum 'Sturz des korrupten Karimow-Regimes' treffen. Der Staatssicherheitsdienst war alles andere als untätig, dennoch hatten unbekannte Aktivisten ihre Proklamationen in den Briefkästen mehrstöckiger Wohnhäuser im Zentrum der Hauptstadt verteilt, ebenso in den Hörsälen der Universitäten und in Fabrikhallen. Die Proklamationen waren auf Formblättern einer 'Islamischen Bewegung Usbekistans' gedruckt. Freilich kann man noch kaum davon sprechen, daß in Gestalt dieser Bewegung eine wirklich starke Opposition gegen die Regierung entstanden sei. Aber daß überhaupt Opposition entstanden ist, das ist eine Sensation für eine Gesellschaft, die von ihrem Führer – wie es noch unlängst erschien – auf das Ideal von Einmütigkeit und unbedingter Loyalität gegenüber der Obrigkeit verpflichtet worden ist.

Die usbekischen Behörden haben der Öffentlichkeit konkrete Informationen über die Existenz dieser Gruppierung bis 1999 vorenthalten, obwohl die "islamistische Gefahr" in Usbekistan seit langem mit besonderem Nachdruck hervorgehoben wurde und zu einem Hauptlegitimationsargument für das autoritäre Regime des Präsidenten Karimow geworden ist. Die

²⁰ Babur Abdurazakov, in: Itogi, 7.12.1999 elektr. Version.

²¹ Leonid Moskalev, Drama pod nazvaniem "džichada", in: Nezavisimaja gazeta, 18.8.2000.

usbekische Öffentlichkeit informiert sich über die Hintergründe der wiederholten Kleinkriege im Ferganatal und im Süden Usbekistans eher aus den Medien Rußlands, die im Zuge der neuerdings intensivierten Beziehungen zwischen Taschkent und Moskau in Usbekistan wieder erscheinen dürfen.²² Erstmals waren vage Informationen über eine solche Bewegung und ihre Führer im Zusammenhang mit den Bombenattentaten in Taschkent im Februar 1999 an die Öffentlichkeit gelangt. Die Karrieren der Führer werden in die frühen neunziger Jahre zurückverfolgt, als im Ferganatal religiöse Dissidentengruppen mit der neuen Staatsgewalt Usbekistans kollidierten. Allerdings ist unklar, in welchem organisatorischen und ideologischen Verhältnis Bewegungen und Organisationen wie "Hizbi-Tahrir" (Partei der Befreiung), "Adolat" (Gerechtigkeit), "Tovba" (Reue) oder "Islom Laškari" (Armee des Islam), die seit 1991 im Ferganatal hervortraten, zur heutigen "Islamischen Bewegung" wirklich stehen. Die Quellenangaben sind hier widersprüchlich.²³

Soviel ist bekannt: Nach dem Verbot religiöser Parteien und der Unterdrückung islamistischer Strömungen waren 1992 die Führer solcher Bewegungen aus Usbekistan nach Tadschikistan und Afghanistan geflohen. Darunter befanden sich Dschumaboi Chodschijew, genannt Dschuma Namangani, und Tahir Joldaschew.

Tahir Joldaschew (geb. 2.10.1968 in Namangan) gilt als der politische Kopf der Bewegung und als der ärgste Staatsfeind für die Regierung in Taschkent. Bereits als Zwanzigjähriger soll er in der Wendezeit vom Ende der achtziger und Beginn der neunziger Jahre ein Hauptagitator für die Idee des "Islamischen Staates" in Mittelasien gewesen sein. Er war in dieser Zeit angeblich mit der Bewegung "Adolat" verbunden, die – in Dutzenden lokalen Gruppen organisiert – gegen örtliche Mißstände im Ferganatal mit Selbstjustizaktionen auftrat. Die "Adolat'-Leute" vertraten das Prinzip muslimischer Selbstverwaltung und verfochten das islamische Gerechtigkeits- und Gleichheitsprinzip, das durch die sozialen Verwerfungen beim Übergang von der sowjetischen in die nachsowjetische Periode verletzt wurde. Im Durchschnitt umfaßte eine "Adolat"-Gruppe bis zu 200 Personen. Anfang 1992 wurden in Usbekistan sechzig solcher Gruppen gezählt. Einer ihrer Führer (amir) war Tahir Joldaschew. Er soll es gewesen sein, der in Namangan den Massenprotest gegen die Regierung in Taschkent organisiert hat. Damals kam es zur größten Provokation, die Präsident Karimow in seiner Amtszeit als Präsident Usbekistans hat hinnehmen müssen. Ende 1991 organisierten "Adolat"-Anhänger in der Stadt Namangan Massendemonstrationen und erreichten, daß Präsident Karimow zu ihnen kam und sich ihre Forderungen anhörte. Sie reklamierten die Ausrufung einer "islamischen Republik" in Usbekistan, die Unterstellung offizieller Bauten in ihrer Stadt unter "islamische Verwaltung", die Legalisierung oppositioneller Verlage u.a. Karimow ging auf einen Teil dieser Forderungen ein, stellte sogar in Aussicht, daß man im Parlament die Frage eines islamischen Staatswesens erörtern würde. Dies fiel in eine kurze Periode zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeit, die als "islamischer

²² Nezavisimaja gazeta, 22.8.2000.

²³ Die beiden genannten Führer der Bewegung werden mit verschiedenen Manifestationen des "ferganskij fundamentalizm" vom Beginn der neunziger Jahre in Verbindung gebracht: mal mit der Bewegung "Adolat", ein anderes Mal mit einer anderen Gruppierung namens "Tovba" (arab. tauba = Reue).

Frühling" bezeichnet wurde und in der Präsident Karimow betonte: "Der Islam ist der Glaube unserer Väter, unser Gewissen, das Wesen unserer Existenz. ... Bei der Bestimmung der Innen- und Außenpolitik unserer Republik wird der Islam eine führende Rolle spielen."²⁴

1992 ging der Staat dazu über, politisch agierende islamische Gruppierungen konsequent zu unterdrücken. "Adolat" und andere Gruppen landeten im Untergrund, Hunderte ihrer Mitglieder und Anhänger im Gefängnis. Besonders straff blieb "Hizb ut Tahrir" (in der persischsprachigen Form "Hezb-i-Tahrir") organisiert und entfaltete im Untergrund Propagandaarbeit mit der Verbreitung islamistischer Literatur. In dieser Periode begaben sich Joldaschew und andere Führer islamistischer Bewegungen ins Exil nach Tadschikistan und Afghanistan, unter die Fittiche der islamistischen Opposition gegen die Regierung in Duschanbe und der afghanischen Mudschahedin sowie später der Taliban. Joldaschew und sein Weggefährte Namangani nahmen an militärischen Operationen der "Vereinigten Tadschikischen Opposition" teil, deren Kern aus einer islamistischen Bewegung bestand. Im Februar 1993 zog Joldaschew mit der tadschikischen Oppositionsführung nach Afghanistan. Von den beiden Führern der islamistischen Opposition Tadschikistans, Said Abdullo Nuri und Hodscha Akbar Turadzhon-zade, soll er zum "Amir" der usbekischen (Untergrund-)Filiale der "Islamischen Partei der Wiedergeburt" und zum stellvertretenden Vorsitzenden der "Bewegung Islamischer Wiedergeburt Tadschikistans" ernannt worden sein.²⁵

Der andere Führer der "usbekischen Flüchtlinge" in Tadschikistan und Afghanistan, Dschumaboi Chodschijew, genannt Namangani, war in die militärische Führung der tadschikischen Opposition integriert und errichtete 1996 seine Operationsbasis in der entlegenen Gebirgsregion von Tawildara. 1969 in einem Dorf in der Provinz Namangan geboren, ist er ein Altersgenosse und Landsmann Tahir Joldaschews. Er hatte Ende der achtziger Jahre in der sowjetischen Armee in Afghanistan gekämpft. Die ihm unterstellten "boeviki" bilden angeblich die Hauptkraft beim Transfer von Rauschgift aus Afghanistan über Tadschikistan in den GUS-Raum und beim Schmuggel von Waffen und Gold. Er wird als ein "Meister des Partisanenkriegs" bezeichnet und taucht derzeit in allen Mitteilungen über Kämpfe im Süden Zentralasiens auf.²⁶ Als Dritter im Bunde wird Abduwali Joldaschew genannt, der bei den Gefechten mit der kirgisischen Armee im Sommer 1999 ums Leben kam. Er wurde 1963 ebenfalls in der Umgebung Namangans geboren, erwarb sich den Rang eines Imam und galt als ein überzeugter "Wahhabit". Er kommandierte die erste bewaffnete Gruppe aus 13 Usbeken, fünf Tadschiken, zwei Afghanen und einem Araber, die Ende Juli 1999 nach Südkirgistan eindrang.²⁷

Tahir Joldaschew baute angeblich in Afghanistan unter der Patronage der Taliban die "Islamische Bewegung Usbekistans" auf, die Büros in Kabul, Kunduz und Mazar-i-Sharif unterhält. Nach anderen Mitteilungen wurde die Bewegung in Tadschikistan aufgebaut. Der

²⁴ Islam Karimov, Uzbekistan's path to renewal and progress, Novosti Moscow 1992, S. 11.

²⁵ Leonid Moskalev, in: Nezavisimaja gazeta, 18.8.2000. Eine andere Quelle verbreitet textgleich diese Information über Dschuma Namangani.

²⁶ Omuraliev/Elebaeva, a.a.O., S. 32f.

²⁷ Ebenda.

Herausgeber der unabhängigen tadschikischen Zeitung "Charogi-Ruz" wies gar auf eine Beteiligung der Regierung in Duschanbe am Aufbau terroristischer Basen hin, die sich gegen den mächtigeren Nachbarn Usbekistan richten: Die "Islamische Bewegung Usbekistans" sei 1998 in Tadschikistan gegründet worden – als Antwort auf die Unterstützung des gegen die tadschikische Regierung gerichteten Putschversuchs des Obersten Chudoberdijew durch Taschkent.²⁸ Die Aktionen dieser Bewegung haben tatsächlich mit den jüngsten Entwicklungen in Tadschikistan zu tun. Mit der Integration ehemaliger Guerillaeinheiten in die reguläre Armee im Rahmen der "nationalen Versöhnung" und dem Zerfall der VTO wurde den usbekischen Exilanten in Tadschikistan der Boden entzogen. Allerdings soll Namangani zum Helden für alle jene Kräfte in Tadschikistan geworden sein, die sich mit dem Friedensprozeß nicht anfreunden konnten.²⁹

Die "Islamische Bewegung Usbekistans" wird als ein Paradebeispiel für die Verquickung von religiösem Extremismus, politischem Terrorismus und organisierter Kriminalität vor dem Hintergrund der Bürgerkriegswirren in Tadschikistan und Afghanistan dargestellt. Im Mittelpunkt dieses Erklärungsmodells steht der ausgreifende regionale Drogenhandel. Islamistische Bewegungen wie diese intendieren, so das Fazit eines Artikels in "Jane's Intelligence Review", die Destabilisierung Zentralasiens durch Terrorismus, um dadurch regionale Drogenrouten vor staatlichem Zugriff zu sichern. Die genannte Gruppierung habe sich in dem bedeutendsten Abschnitt der Drogenrouten von Afghanistan und Pakistan über Zentralasien festgesetzt, nämlich entlang der 725 km langen Route von Chorog in Berg-Badachschan (Osthälfte Tadschikistans) nach Osch im Süden Kirgistans.³⁰

In ihren eigenen Verlautbarungen definiert sich die "Islamische Bewegung Usbekistans" als eine Manifestation von "Gegengewalt". Gegenüber den zentralasiatischen Regierungen gab sie an, mit ihren gewalttätigen Aktionen auf die Verfolgung nicht staatskonformer Muslime in Usbekistan hinweisen zu wollen. Einer ihrer Führer, Zubair ibn Abdul Rahim, gab folgende Erklärung zu den Aktionen in Batken ab: "Durch die Geiselnahme erfuhr die Welt von einer bewaffneten Opposition gegen Islam Karimow, hinter dem Israel steht." Als Finanzierungsquelle nannte er "die Möglichkeiten der alten usbekischen Emigranten, insbesondere das Kapital der Nachfahren des Emir von Bucharas".³¹ Eine Tageszeitung in Baku veröffentlichte eine ihr zugegangene Deklaration an die Behörden Kirgistans mit der Unterschrift Zubair ibn Abdul Rahims. Darin heißt es "Am 13 džuma-d-ul-avval 1420 (25. August 1999) hat der Emir der 'Islamischen Bewegung Usbekistans' und Hauptkommandeur der Mudschahedin, Muhammad Tahir, dem Taschkenter Regime den 'Djihad' erklärt."³² Als Ziel wird "die Errichtung eines islamischen Staates in Usbekistan und die Entlassung von 50.000 Muslimen aus den Gefängnissen Karimows" angegeben. In der Erklärung werden

²⁸ Times of Central Asia, Vol. 2, Issue 33, 17.8.2000; siehe dazu auch Igor' Rotar, Boi v Uzbekistane prodolzajutsja. Naprjažennost' meždu Taškentom i Dušanbe ne snjata, in: Nezavisimaja gazeta, 10.8.2000.

²⁹ Markus Bensman, in: Oxus, 4/1999, S. 36-37.

³⁰ Tamara Makarenko, Crime and terrorism in Central Asia, Jane's Intelligence Review, July 2000, S. 16.

³¹ Nezavisimaja gazeta, 2.11.1999.

³² Zerkalo, Baku, 2.9.1999.

auch die kirgisischen Behörden angeklagt, weil sie usbekische Flüchtlinge an Taschkent ausgeliefert haben.

Als eine der ersten Aktionen wurden der Bewegung nachträglich die bestialischen Morde an Polizisten in Namangan im November 1997 zugeschrieben, die auf der Gegenseite eine erhebliche Steigerung staatlicher Gewalt gegen nicht staatskonforme religiöse Bewegungen und deren vermeintliche Anhänger hervorgerufen haben. Auch die Bombenattentate in Taschkent vom Februar 1999 werden mit ihr in Verbindung gebracht. Dieser besonders heimtückische Anschlag, dessen Klärung nach Meinung ausländischer Beobachter allerdings bis heute noch aussteht, provozierte eine riesige Verhaftungswelle und trieb die Spirale der Gewalt zwischen der Regierung und dem oppositionellen Untergrund in Usbekistan weiter an. Im Ferganatal sind inzwischen Tausende angeblicher "religiöser Extremisten" verhaftet und viele Familien ihrer Ernährer beraubt worden. Die sich gegenseitig hochschaukelnde Gewalt verschärft die ohnehin gravierende sozialökonomische Krise des Ferganatales, zerstört jeden denkbaren Ansatz von Dialog, verdichtet das Geflecht von politischem oder religiösem Terrorismus und armutsbedingter Kriminalität und erinnert fatal an ähnliche Entwicklungen in Kerngebieten der "islamischen Welt", zu denen Zentralasien bisher nicht gehört hat.

Dschihad vom Kaukasus bis Mittelasien?

Die oben dargestellten Ereignisse sorgten dafür, daß das Thema "Islam in Zentralasien" in einem immer engeren Zusammenhang mit Sicherheits- und Geopolitik behandelt und auf den politischen Aspekt von "Islamismus" verengt wird. Die Formel von der "islamistischen Bedrohung" ist zum Generalnenner für ein breites Spektrum regionaler Sicherheits- und Stabilitätsprobleme geworden, das von ethnischen und sozialökonomischen Konflikterscheinungen bis zu spezifischen nichttraditionellen Sicherheitsrisiken wie dem ausgreifenden Drogenhandel reicht.

Russische Pressemitteilungen über den militärischen Gegner Rußlands in Tschetschenien sowie über die Insurgenten im Ferganatal stellen die Beteiligung ausländischer Söldner an Aktionen im Kaukasus und in Mittelasien heraus, deuten auf ein internationales islamistisch-terroristisches Netzwerk hin, das sich immer weiter in den südlichen GUS-Raum spannt. So soll die "Islamische Bewegung Usbekistans" in ihrem Kampf gegen säkulare Staatswesen in Zentralasien von islamistischen Organisationen wie den "Muslimbrüdern" und von Privatpersonen und religiösen Stiftungen in Pakistan, Afghanistan, der Türkei, Saudi Arabien und anderen arabischen Ländern unterstützt werden. Bereits im November 1995 sollen sich ihr Führer Tahir Joldaschew und der Führer der Vereinigten Tadschikischen Opposition, Abdullo Nuri, in Peshavar mit Vertretern islamischer Organisationen Pakistans, Saudi-Arabiens, Sudans, Irans und der Türkei getroffen und über die Finanzierung der islamistischen Bewegungen in Zentralasien verhandelt haben. Unter den Persönlichkeiten und Organisationen, die den "Dschihad" gegen die unabhängig gewordenen Staaten Zentralasiens finanziell unterstützt haben sollen, wird der türkische Islamistenführer Erbakan und die ihm nahe stehende, in Köln residierende "Milli Görüs" genannt, die ein Abkommen mit Joldaschew geschlossen haben soll. Da wurde angeblich Finanzhilfe in Höhe von einigen

Hunderttausend Dollar vereinbart. Aber auch ein Mitglied der türkischen Regierung, der Minister für Flüchtlingsprobleme, Maulavi Abdulrakib, wird in dem Zusammenhang erwähnt. Er soll im Juli 1999 Joldaschew eine größere Geldsumme übergeben haben.³³ Auf der Spen-derliste der "Islamischen Bewegung Usbekistans" stehen ferner einflußreiche Mitglieder einer usbekischen Diaspora, deren Vorfahren einst aus dem Emirat Buchara vor den sowjetischen Truppen nach Saudi-Arabien geflohen waren.

Wenn es um die Herkunft der Unterstützung für islamistische Rebellen im GUS-Bereich geht, fixieren sich russische Quellen gerne auf die Türkei, die für Moskau als regionaler Hauptrivale im kaspischen Raum gilt. Dabei wird zwar nicht die auf den Laizismus eingeschworene türkische Regierung der Unterstützung islamistischer Gruppen bezichtigt, wohl aber diverse religiöse Stiftungen und Organisationen wie die Nurcular u.a. Es sei bekannt, daß aus der Türkei über Kasachstan religiöse Literatur ins Ferganatal gelangt sei und daß über die Türkei Verbindungen zwischen Mittelasien und den tschetschenischen Kämpfern hergestellt wurden.³⁴

Da wird der Bogen zwischen einem islamistischen Unruhefeld in Zentralasien mit Afghanistan im Mittelpunkt und dem Szenario radikaler Reislamisierung im Nordkaukasus mit Tschetschenien im Zentrum gespannt. Dabei fixiert sich dieser Brückenschlag auf geradezu legendäre Figuren – allen voran auf Osama ben Ladin, neuerdings auch auf den nicht weniger legendären Jordanier Chattab. Der als internationaler Terrorist meistgesuchte Feldkommandant im Tschetschenienkrieg soll im Kaukasus ein spezielles Ausbildungslager für Mitkämpfer aus den zentralasiatischen Staaten unter dem Namen "Usbekische Front" geschaffen haben. Neueste Mitteilungen aus Moskau besagen, er habe sich aus Tschetschenien nach Tadschikistan abgesetzt, um von dort aus den "Dschihad" gegen die säkularen Staatswesen in Zentralasien und gegen Rußland voranzutreiben. Und stets wird dabei die Einmischung von außen und die Beteiligung internationaler Söldner herausgestellt. In bezug auf Tschetschenien steigerten sich die diesbezüglichen Angaben in einem Bericht der Abteilung für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen im Innenministerium Rußlands im Sommer 2000 bis zu folgenden Behauptungen: In den aktiven Kampfformationen (bandformirovanija) seien nur ein Viertel der Kämpfer tschetschenischer Nationalität. Der größere Teil setze sich aus Söldnern aus 15 Ländern zusammen. Die tschetschenischen "boeviki" befänden sich inzwischen mehrheitlich auf dem Territorium Aserbaidschans, Georgiens und der Türkei. Die Kampfformationen in Tschetschenien würden von mehr als 60 extremistischen islamischen Organisationen aus 30 Ländern, darunter zehn GUS-Staaten, unterstützt. Ausländische Firmen und Bankgruppen würden die Kämpfer finanziell unterstützen. Diese seien bestens ausgebildet und in Lagern religiöser Extremisten auf Diversions- und Terroraktionen vorbereitet worden. Allein in Afghanistan existierten neun solcher Lager, in Pakistan zehn Schulungszentren. Ähnliche Lager befänden sich in Albanien, Libanon und Bosnien. Solche Lager entstünden aber in zunehmendem Maße entlang der schlecht

³³ Pugajuščij lik ekstremizma, in: Nezavisimaja gazeta, 3.2.2000.

³⁴ Ebenda.

gesicherten Südgrenzen Rußlands im Kaukasus und in Zentralasien.³⁵ In bezug auf den tschetschenischen antirussischen "Dschihad" erwähnen russische und andere Geheimdienstquellen seit längerem die finanzielle und logistische Unterstützung durch Osama ben Ladin der nun auch mit der "Islamischen Bewegung Usbekistans" in Verbindung gebracht wird. Deren Sprecher Zubair ibn-Abdul Rahim bestätigte diese Verbindung im Juni 2000.³⁶

Angeichts des zeitlichen Zusammenfalls der Aktionen islamistischer "boeviki" in Dagestan und im Ferganatal warfen auch westliche Medien im Sommer 1999 die Frage auf, ob sich hier ein überregionaler "Dschihad" gegen nachsowjetische Regime am Südrand der GUS abzeichne. So stellte Wolfgang Günther Lerch in einem Artikel unter der doppeldeutigen Überschrift "Islamismus an der Grenze" die Frage, ob sich der Islamismus, der in islamischen Kerngebieten des Mittleren Ostens seinen Zenit möglicherweise schon überschritten hat, in Randgebiete des Islam verlagert, zum Beispiel in den kaspischen Raum. Dort findet er mit der ehemaligen Kolonialmacht Rußland und mit mannigfachen Krisen in nachsowjetischen Transformationsstaaten breite Angriffsflächen vor.³⁷ In amerikanischen Analysen wird Zentralasien zusammen mit Südasien als die derzeit bedeutendste Expansionszone des "islamistischen Terrorismus" dargestellt.

Solche Überlegungen gehen aber von einem unsicheren Informationsstand aus. Die Perzeption der "islamistischen Bedrohung", die den sicherheitspolitischen Diskurs in Moskau wie in Taschkent beherrscht, enthält neben ernstzunehmenden Wahrnehmungen auch propagandistische Funktionen und Elemente der außen- und innenpolitischen Legitimierung. In der Publizistik Rußlands und Zentralasiens über radikale Varianten "islamischer Wiedergeburt" haben sich Schlagworte wie "Wahhabiten" eingebürgert, denen auch von Islamwissenschaftlern aus Rußland und der Region selber eher propagandistische als deskriptive Bedeutung zugemessen wird. Der Journalist Oleg Panfilow bezeichnet diesen Terminus als eine 1992 auf Tadschikistan gemünzte, dann für immer weitere Gebiete verwendete Erfindung der Geheimdienste.³⁸ Die Verwendung dieses Schlagworts hat allerdings eine noch ältere, in sowjetische Zeit zurückreichende Tradition.

"Islamismus", "Fundamentalismus", "Wahhabismus" rückten in den Mittelpunkt der publizistischen Behandlung des Islam in Zentralasien, der sich in vielfältigen, von religiösem Fanatismus meist weit entfernten Kultur- und Lebensformen in der Region manifestiert. Dabei war die Evidenz "islamistischer Bewegung" zunächst äußerst eingeschränkt. Ein russisches Feldforschungsprojekt identifizierte 1992 zwanzig politisch agierende islamische Organisationen in Zentralasien – die meisten in Usbekistan – und unterteilte sie in Parteien, Kulturzentren und religiös-kulturelle Vereinigungen sowie "grassroot movements". Fünf davon wurden als politisch besonders aktiv eingestuft, die meisten waren im Ferganatal tätig. Keine der untersuchten Organisationen hatte damals in allen Landesteilen der betreffenden

³⁵ Nezavisimaja gazeta, 9.8.2000.

³⁶ Times of Central Asia, Vol. 2, Issue No. 32, 10.8.2000: <http://www.times.kg/2000/N32/pol-02.shtml>.

³⁷ FAZ, 7.9.1999.

³⁸ Interview mit Oleg Panfilow, Russkaja služba radio "Svoboda", 4.8.2000.

Republik oder in weiteren Teilen der Gesellschaft Unterstützung gefunden.³⁹ Am ehesten kam die Partei der Islamischen Wiedergeburt in Tadschikistan einer nationsweiten Organisation nahe und spielte im nachfolgenden Bürgerkrieg des Landes eine wesentliche Rolle. Aber auch sie stieß in vielen Landesteilen und breiten Schichten der Gesellschaft Tadschikistans auf Ablehnung und hat sich in den ersten Parlamentswahlen nach dem Bürgerkrieg mit 7,5 Prozent der Stimmen (bei fairen Wahlbedingungen wären es etwas mehr gewesen) nicht als eine relevante politische Kraft erwiesen.

Trotz der sehr begrenzten Evidenz hatte das Thema "Islamismus" im Süden der GUS in dem nachsowjetischen Jahrzehnt dreimal Hochkonjunktur: zuerst zu Beginn der neunziger Jahre, als die "Partei der Islamischen Wiedergeburt" in den Machtkämpfen in Tadschikistan als eine politische Kraft hervortrat und sich im Ferganatal erste Konfrontationen zwischen der usbekischen Regierung und dissidentischen Islambewegungen abzeichneten; dann mit dem Vormarsch der Taliban in Afghanistan seit Mitte der neunziger Jahre und schließlich mit den neuerlichen Kleinkriegen im Ferganatal. Die Wirren in Afghanistan, religiös-politische Konflikte zwischen konträren Islamvarianten im Nordkaukasus ("Wahhabiten" versus "Tarikat-Anhänger"), die Tschetschenienkriege und andere Faktoren bildeten den äußeren, mannigfache Krisensymptome in den zentralasiatischen Transformationsstaaten selber den inneren Kontext für diese Entwicklung.

Doch die Informationen zu "islamistischen" Strömungen und Organisationen divergieren in der wissenschaftlichen Literatur und in der Publizistik in vielen Punkten:

- in bezug auf ihre Entstehung. Das Datierungsspektrum reicht von den sechziger Jahren bis zum Beginn der neunziger Jahre.
- in bezug auf ihre Gewaltbereitschaft. Da werden Gruppierungen wie die im Ferganatal seit 1991/92 hervorgetretenen teils als von Anfang an gewaltorientiert dargestellt, teils als ursprünglich gewaltlose Dissidentenbewegungen, die erst dann militant und militarisiert wurden, nachdem sie durch staatliche Unterdrückungsmaßnahmen in den Untergrund und ins Exil nach Tadschikistan und Afghanistan gedrängt wurden.
- in bezug auf das soziale Profil der Bewegungen und ihrer Führungen. Übereinstimmung besteht lediglich hinsichtlich der Rekrutierungsbasis, die hauptsächlich in arbeits- und orientierungslosen Teilen der Jugend gesichtet wird.
- in bezug auf ihr wirkliches Gewicht sowie die Stärke ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft in bestimmten Regionen.
- in bezug auf ihre Organisation, Programmatik und Ideologie.

In anderen Punkten besteht eine gewisse Übereinstimmung:

1. Es wird allgemein festgestellt, daß die Bedeutung des Islam im politischen Leben wächst – und zwar sowohl was seine Nutzung durch Regierungen betrifft als auch seine oppositionelle Funktion. In den autoritären Präsidialautokratien Usbekistans und Turkmenistans ist religiöser Dissens als einziges Medium für die Artikulation von Kritik an bestehenden

³⁹ R. Abazov/R. Vasilevskij/A. Ponomarev, *Islam i političeskaja bor'ba v stranach SNG*, Moskva Panorama 1992.

Machtverhältnissen übriggeblieben, nachdem das Regime säkulare politische Opposition kriminalisiert und unterdrückt hat.

2. In den fünf unabhängig geworden Staaten Zentralasiens hatten die Themen "islamische Wiedergeburt" und "Islamismus" bis vor kurzem höchst unterschiedliches Gewicht. Internationale Untersuchungen zu diesen Themen konzentrierten sich überwiegend auf Usbekistan, Tadschikistan und Südkirgistan, auf eine Region, in der heute der Bevölkerungsschwerpunkt Zentralasiens liegt und in der – was Tadschikistan betrifft – die stärksten politischen Turbulenzen und das größte Maß an Verwicklung in die afghanischen Wirren festzustellen waren. Am stärksten vom Thema "religiöser Extremismus" war der nationale Sicherheitsdiskurs in Usbekistan bestimmt. In Kasachstan war er bis vor kurzem kaum ein Thema. Im Mittelpunkt von Diskursen über nationale Sicherheit standen dort die Schwierigkeiten der "kasachstanischen" Nationsbildung angesichts der eigenen Vielvölkerstruktur, die sozialökonomische Krise und die Nachbarschaft nuklearer Großmächte. Es wurde gern darauf hingewiesen, daß das traditionell liberale Erscheinungsbild des Islam in der Kultur der Kasachen keinen Raum für radikale fundamentalistische Strömungen böte. Doch die Instabilität in der südlichen Nachbarschaft beunruhigt mittlerweile auch die kasachische Führung. Auch in Kasachstan wird neuerdings zunehmend von "religiösen Extremisten" und "Wahhabiten" gesprochen, von denen die Gefahr einer Destabilisierung der gesamten zentralasiatischen Region ausgeht, und wuchs die Abwehrhaltung gegen religiöse Missionstätigkeiten aus dem Ausland. In Kirgistan wurde die Perzeption der "islamistischen Gefahr" nach den Vorfällen in der Region Batken im Sommer 1999 schlagartig verschärft.

Weit gelassener scheint Turkmenistan solchen Bedrohungsperzeptionen gegenüberzustehen. Das Schlagwort von der "Wahhabitengefahr" hat sich hier noch nicht eingebürgert. Auch die Einmischung von "religiösem Extremismus" aus dem Ausland wird hier – zumindest öffentlich – weit weniger hoch angesetzt, und das obwohl Turkmenistan den längsten Grenzabschnitt zum südlichen "fernen Ausland" hat. Aschgabat pflegt politische und wirtschaftliche Kontakte zu den Taliban, zu denen alle übrigen zentralasiatischen Staaten gemeinsam mit Rußland und Iran in einem gegnerischen Verhältnis stehen. In keinem anderen Land des exsowjetischen Raums wähnt sich der Staat allerdings auch so sehr im Vollbesitz der Kontrolle über alle relevanten gesellschaftlichen Prozesse wie in Turkmenistan, wo sich der Präsident vollends zur Verkörperung der Nation stilisiert. "Religiöse Wiedergeburt" wurde hier mit dem hypertrophen Präsidentenkult verknüpft, das Gebet zu Gott mit der Treuebekundung gegenüber dem "Turkmenbaschi" verbunden. Doch gegen solchen Mißbrauch von Religion regen sich offenbar auch in der "total kontrollierten" Gesellschaft Turkmenistans Widerstände. Die harschen Repressionen gegenüber einem hochangesehen 72jährigen Religionsgelehrten und die Vernichtung seiner vom Präsidenten vormals in Auftrag gegebenen Koranübersetzung deuten darauf hin.⁴⁰

⁴⁰ Alexei Malashenko, About the Political Future of Islam in Turkmenistan, in: Times of Central Asia, Vol. 2, Issue No. 33, 17.8.2000.

3. Trotz der Bemühungen, Islam zu "nationalisieren", ist die Staatengliederung in Zentralasien für die Ortsbestimmung "islamischer Wiedergeburt" nicht ausschlaggebend. In jedem der unabhängig gewordenen Staaten ist die religiöse Entwicklung regional stark differenziert. Die Regionalisierung zeigt sich in der besonderen Hervorhebung, die das Ferganatal in diesem Kontext erlangte. Diese mittelasiatische Subregion, auf die noch ausführlicher eingegangen werden muß, wurde spätestens seit 1992 als *die* "Islamisierungsenklave" im nachsowjetischen Zentralasien hervorgehoben. Der zu Usbekistan gehörende Teil wurde zum Zentrum der Konfrontation zwischen dem Staat und nonkonformistischen Islambewegungen. Freilich bildet auch diese Region längst keinen einheitlichen Raum der "Reislamisierung". Während der größte, der usbekische Teil angeblich zu einem Herd des Islamismus geworden ist, verhält es sich mit dem zu Tadschikistan gehörenden Abschnitt ganz anders. Hier in Nordtadschikistan entwickelte sich eine Bastion gegen die Partei der Islamischen Wiedergeburt und die sie unterstützenden Kräfte. "Es gibt nun aber keine historischen Gründe dafür, daß die Einwohner Chodschents in vorsowjetischer Zeit dem Islam weniger zugetan waren als ihre Glaubensbrüder in Kokand, Namangan oder Andishon. ... Deshalb müssen wir sehr gründlich zwischen verschiedenen Bewegungen und ihren Motivationen, Zielen und Unterstützungsbasen unterscheiden. Diese Aufgabe ist um so schwieriger, als die offizielle Rhetorik alle nonkonformistischen islamischen Gruppen in einen Topf wirft und mit dem Etikett 'Wahhabiten' versieht."⁴¹

Inzwischen sind Untersuchungen wie das oben zitierte russische Forschungsprojekt von 1992 kaum noch möglich, wurden nonkonformistische Islambewegungen in Usbekistan nach 1992 doch durch rigide staatliche Repressionsmaßnahmen in den Untergrund oder ins Exil gedrängt. Dabei ist für den ausländischen Beobachter – zumindest außerhalb des Ferganatal – die Kluft zwischen der islamistischen Bedrohungsanalyse der Regierung und der Evidenz islamischer Bewegungen frappant: Wer, wie der Autor kürzlich, von Köln nach Samarkand kommt, voll von Pressemitteilungen über die "islamistische Gefahr" in Zentralasien, fragt sich "Wo sind den nun die Wahhabiten?" Wenn man – wie in Usbekistan geschehen – Islamismus an äußeren Attributen ablesen will, an der Barttracht von Männern oder Kopfracht von Frauen, bietet dann nicht Köln einen "islamistischeren" Eindruck als Samarkand?

So wird denn auch in den offiziellen Mitteilungen zur "islamistischen Gefahr" über die indigenen kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion selber stets hinausgewiesen, wird der "religiöse Extremismus" und der Terrorismus als "Gefahr aus dem Süden", als externe Bedrohung dargestellt. Und dabei fallen zwei Themen ins Gewicht: die Unterstützung "islamischer Wiedergeburt" in den muslimischen Gebieten der GUS durch das "islamische Ausland" im allgemeinen und der regionale Unruheherd Afghanistan im besonderen.

⁴¹ Keith Martin, Kuda idut islamskie radikalny Central'noj Azii, in: Central'naja Azija i Kavkaz, 4 (5) 1999, S. 84-95, S. 93.

Missionsaktive Staaten der islamischen Welt wie Saudi-Arabien und regierungsunabhängige islamische Stiftungen und Bruderschaften wie die türkischen Nurcular oder pakistanische Organisationen stellten nicht nur Koranausgaben und finanzielle Mittel für den Wiederaufbau und die Neugründung von Moscheen für die "vergessenen Muslime" der zerfallenen Sowjetunion bereit, sondern schickten auch Lehrer und Prediger. Umgekehrt konnten muslimische Studenten aus dem exsowjetischen Raum nun vermehrt an Hochschulen des islamischen Auslands studieren und kamen in Kontakt mit islamischen Bewegungen in verschiedenen Ländern. Diese Begegnung mit dem ausländischen Islam, die auch Berührungen mit der Gedankenwelt des religiösen Fundamentalismus mit einschloß, identifizieren die meisten russischen und zentralasiatischen Quellen als die Hauptformationsphase für Strömungen, die sie unter dem Schlagwort "Wahhabismus" subsumieren. Dieses Schlagwort verschmelzt Vorstellungen miteinander, die teilweise, auf die eine oder andere der damals hervortretenden Gruppierungen, zutreffen: 1. ausländischen Einfluß; 2. den oppositionellen Charakter religiöser Bewegungen, die sich sowohl gegen die "offizielle Geistlichkeit" als auch gegen die "Unaufgeklärtheit" und den "heidnischen Charakter" des Volksislam richten; 3. Vorstellungen, die im weitesten Sinne einem islamischen Puritanismus, Reformismus, Fundamentalismus zuzuordnen sind und in dieser Hinsicht an den Namensgeber, den "Wahhabismus" auf der arabischen Halbinsel, erinnern, mit dem sie im übrigen wohl kaum in Verbindung stehen. Dazu gehören Vorstellungen, die um einen "reinen", "wahren", "unverfälschten", "frühen" Islam kreisen, rückwärtsgewandte Utopien, die in der Wiederherstellung des Kalifats und der religiösen und politischen Verhältnisse der islamischen Frühzeit die Überwindung der gegenwärtigen "heidnischen" Verhältnisse suchen.

Das Ferganatal als sicherheitspolitische Problemzone Zentralasiens

Die Ereignisse von Batken verdeutlichten auch die Probleme, die eine bestimmte Subregion Mittelasiens für nationale und regionale Sicherheit der Gesamtregion aufwirft. Es handelt sich dabei um das Ferganatal oder Ferganabecken, das in Hinsicht auf seine hohe Bevölkerungsdichte, seine ethnischen Gemengelagen, seine sozialökonomische Krise und auf besondere lokale Ausprägungen "islamischer Wiedergeburt" eine Problemzone bildet.⁴² Jahrhundertlang hatte es als ein integrierter Raum das wirtschaftliche Zentrum Mittelasiens dargestellt, galt es im gesamten Orient als die "Perle Mittelasiens". In sowjetischer Zeit war diese Region ein Hauptlieferant landwirtschaftlicher Produkte, aber auch eine Zone, in der wichtige Industriestandorte von drei Unionsrepubliken angesiedelt wurden. Das Ferganatal wird von Landesteilen Usbekistans, Tadschikistans und Kirgistans gebildet. Hier verschlingen sich die Staatsgrenzen von drei neuen Staaten ineinander und verdeutlichen die Problematik der sowjetischen "nationalen Aufgliederung" Zentralasiens. Denn die drei Teile des Ferganatals waren und sind durch traditionelle Wirtschafts-, Handels- und Kommunikationsstrukturen

⁴² Zur Problematik der Region insgesamt: David Nalle, *The Ferghana Valley – 1999*, in: *Central Asia Monitor*, 1/2000; Anara Tabyshalieva, *The Challenge of Regional Cooperation in Central Asia. Preventing Ethnic Conflict in the Ferghana Valley*. US Institute of Peace, June 1999; Nancy Lubin, *Calming the Ferghana Valley: development and dialogue in the heart of Central Asia*, New York 1999.

miteinander verbunden. Diese Verflechtung wurde auch in sowjetischer Zeit durch die Einrichtung administrativer Grenzen von Unionsrepubliken faktisch nicht aufgehoben, hatten diese Grenzen doch nicht real trennende Wirkung. Erst mit der staatlichen Unabhängigkeit und verstärkt mit den Grenzsicherheitsbemühungen der drei Staaten nach dem Kleinkrieg von 1999 erlangten sie die Funktion von Barrieren, die Zusammengehörendes voneinander trennen.

Dazu kommt, daß den Ferganalandesteilen für die Politik, die Wirtschaft und die nationale Sicherheit der jeweiligen Republik besondere Bedeutung zukommt. Sie bilden für alle drei Staaten kritische Bevölkerungs- und Wirtschaftsschwerpunkte. Der zu Usbekistan gehörende Teil ist die Bühne für die heftigste Auseinandersetzung zwischen postsowjetischem Regime und islamistischer Opposition in Zentralasien. Der zu Tadschikistan gehörende Teil, die Provinz Leninabad mit dem Zentrum Chodschent (Chudschand), war in sowjetischer Zeit die regionale Basis der einheimischen Machtelite der Unionsrepublik und in nachsowjetischer Zeit ein Hauptakteur im Kampf regionaler Eliten bei der Umverteilung politischer Macht. Der zu Kirgistan gehörende Teil mit den drei Provinzen Batken, Osh und Dschelalabad bildet den problematischen Süden der Republik. Hier lebt – vom Rest des Landes geographisch getrennt – die Hälfte der Republikbevölkerung. Dieser wirtschaftlich relevante Landesteil fühlt sich unterprivilegiert, was die Haushaltsallokationen und die Distribution von Mitteln betrifft, die Kirgistan durch Vergabe von Krediten und Entwicklungshilfe durch das Ausland erlangt hat. Außerdem besteht hier eine kritische ethnische Gemengelage aus usbekischen und kirgisischen Bevölkerungsteilen mit einer sozialen Rollenverteilung, bei der Usbeken die wirtschaftlichen und Kirgisen die administrativen regionalen Machthebel in der Hand haben. Die starke usbekische Minderheit läßt für Bischkek den Süden des Landes als ein Einflußgebiet des mächtigeren Nachbarn erscheinen. Grenzstreitigkeiten mit diesem Nachbarn bilden derzeit eines der heikelsten politischen Themen für Kirgistan, besonders für die Machtelite seiner Südprovinzen.⁴³

Die Ferganaprovinzen werden von den Zentren der Republiken durch physische Barrieren isoliert. So wird der Süden Kirgistans vom übrigen Land durch eine Gebirgsbarriere getrennt und ist im Winter von Bischkek aus nur auf dem Luftweg erreichbar. Schwierig ist auch die Kommunikation zwischen dem in das Ferganatal ragenden Norden Tadschikistans und den zentralen und südlichen Landesteilen. Nordtadschikistan ist in dieser Hinsicht stärker mit Usbekistan als mit dem Rest des Landes integriert.

Beim Ferganatal handelt sich um eine von Gebirgsketten umgrenzte Region mit einer Ausdehnung von nur 200 km Länge. Hier leben an die 14 Mio. Menschen, ein Viertel der Gesamtbevölkerung Zentralasiens. Im usbekischen Teil lebt etwa ein Drittel der Bevölkerung Usbekistans. Die Bevölkerungsdichte erreicht in Regionen wie der von Andishon Höchstwerte von mehr als 500 Einwohnern pro km². In allen Teilen des Ferganatals ist der Lebensstandard in den letzten Jahren noch dramatischer gesunken als in anderen Landesteilen

⁴³ Ausführlich dazu: Kuban Matbetaliev, Problemy kirgizsko-uzbekskoj granicy v osveščenii SMI Kirgizii, in: Mnogomernye granicy Central'noj Azii (pod. red. M.B. Olcott/A. Malašenko, Moskovskij Centr Karnegi 2000; online: <http://pubs.carnegie.ru/books/2000/04am/02km.asp>).

der drei Republiken, haben sich Privatisierungsprojekte als Fehlschlag erwiesen, ist die "Diktatur der Baumwolle" aus sowjetischer Zeit im regionalen Wirtschaftsgefüge erhalten geblieben, mit ihren schädlichen sozialen und ökologischen Begleitumständen. Zu einem Hauptzweig informeller Wirtschaft ist hier der Drogenhandel geworden. Beim Zerfall der Sowjetunion haben sich im Ferganatal am frühesten ethnische Konflikte Zentralasiens entzündet, die häufig um verknappte Land- und Wasserressourcen geführt wurden. Im Sommer 1989 hatte ein Konflikt zwischen Usbeken und der unter Stalin aus Georgien nach Usbekistan deportierten Minderheit der Mes'cheti-Türken nach offiziellen Angaben 103 Tote (vermutlich weit mehr) gefordert. Ein Jahr später tobte ein äußerst brutaler, durch Landumverteilung ausgelöster Konflikt zwischen Kirgisen und Usbeken auf der kirgisischen Seite des Ferganats, bei dem 300 Menschen massakriert wurden. Diese Vorfälle prägten entscheidend die Wahrnehmung der gerade in ihr Amt gelangten Präsidenten Usbekistans und Kirgistans, die fortan den ethnischen Extremismus als eine Hauptgefahr für die Stabilität Zentralasiens hervorhoben.

In der weiteren Entwicklung verdrängte dann – zumindest in Usbekistan – die Wahrnehmung einer "islamistischen Gefahr" den "ethnischen Radikalismus" vom ersten Platz in der Liste der Bedrohungsfaktoren. Auch in Kirgistan konzentrierte sich die Wahrnehmung radikaler Varianten "islamischer Wiedergeburt" überwiegend auf die Provinzen im Ferganatal, während in Tadschikistan gerade hier, nämlich in der Nordprovinz Leninabad, die antiislamistischen Kräfte ihren stärksten lokalen Rückhalt hatten. Dennoch wurde nun diese Region insgesamt als ein Einfallstor für "religiösen Extremismus", als *die* "Reislamisierungsenklave" Zentralasiens wahrgenommen.⁴⁴

Man erinnerte sich daran, daß hier auch der Schwerpunkt der Basmatschenbewegung, einer islamischen Guerillabewegung gegen die Sowjetmacht, die bis tief in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts reichte, gelegen hatte und daß auch in späteren Jahrzehnten islamischer Traditionalismus gerade im Ferganatal der sowjetischen "Modernisierung" widerstrebte. Hier lagen mit Städten wie Namangan, Andishon, Osch und Chudschand alte islamische Bildungszentren Mittelasien. Dagegen standen die historischen islamischen Metropolen Samarkand und Bucharas weniger im Mittelpunkt von Befürchtungen einer staatsfeindlichen "Reislamisierung". Auch der Einfluß aus dem "islamischen Ausland" setzte nach der Öffnung des "Eisernen Vorhangs" besonders im Ferganatal an. Eine nicht unbeträchtliche usbekische Diasporagemeinde mit Wurzeln in dieser Region lebt in Saudi-Arabien, eine noch größere in Afghanistan. Das indigene Potential für radikale Formen von Reislamisierung wurde in einen Zusammenhang mit der Nähe des Unruheherdes Afghanistan, mit besonderen lokalen Ausprägungen der sozialökonomischen Krise, mit generellen zentrifugalen Tendenzen der Ferganaprovinzen gegenüber ihren Republikzentren und mit demographischen Besonderheiten (hohe Bevölkerungsdichte, ein hoher Anteil arbeitsloser, frustrierter Jugendlicher) gebracht. Und so wurde das Ferganatal – besonders in den drei

⁴⁴ Vgl. Bachtijar Babadžanov, Ferganskaja dolina: Istočnik ili žertva islamskogo fundamentalizma, in: Central'naja Azija i Kavkaz, 4 (5) 1999, S. 125-131; Uran Botobekov, Situacija v Ferganskoj doline: religioznyj èkstremitizm i oborot narkotikov, in: Mnogomernye granicy Central'noj Azii, a.a.O.

Republikhauptstädten – als *die* Problemzone Mittelasiens wahrgenommen, wobei dieses an die Region herangetragene Negativimage zu einem Katalysator für eine innerregionale Solidarisierung und der weiteren Trennung von den jeweiligen Republikzentren werden kann.⁴⁵

"Neue Sicherheitsrisiken"

Die Entwicklungen am Südrand der GUS liefern exemplarische Muster für "neue" oder "nichttraditionelle" Sicherheitsrisiken. Zu ihnen gehören soziale und interethnische Konflikte, Sezessionsbestrebungen in Vielvölkerstaaten, Korruption, die Entfaltung mafïöser Strukturen und wachsende Kriminalität, ökologische Probleme, konfliktträchtige demographische Entwicklungen sowie das Gedeihen von nationalistischem oder religiösem Radikalismus auf dem Nährboden der sozialökonomischen Krise – eine Fülle von Problemen, die den Sicherheitsbegriff enorm ausdehnen. Die "neuen Sicherheitsrisiken" werden zwar oft als "innerstaatliche Bruchlinien" dargestellt, können aber die Grenzen zu zwischenstaatlichen Konflikten rasch überschreiten. Viele von ihnen wie die Interessengegensätze zwischen Volksgruppen in Regionen, in denen Staatsgrenzen ethnische Siedlungsräume zerteilen, nicht regulierte Probleme regionaler Wassernutzung und ökologische Katastrophen sind grenzübergreifend angelegt. Die Unterscheidung zwischen "inner-" und "zwischenstaatlich" verwischt sich in Regionen wie Zentralasien, die von einer außerregionalen Zentralgewalt in nationale Gebietseinheiten aufgegliedert worden waren und in denen moderne Nationalstaaten erst im Entstehen begriffen sind.

Die Aussagen der politischen Eliten über Stabilitätsprobleme ihrer Länder reflektieren ein Sicherheitsverständnis, das über den militärischen Bereich und die klassische Bedrohung durch äußere Mächte weit hinausgeht. Auf internationalen Konferenzen in den Hauptstädten der Region wurden Themen wie Migration und grenzüberschreitende Kriminalität (Drogenhandel) als Probleme behandelt, von denen nationale, regionale und teilweise auch globale Sicherheit in direkter Weise betroffen wird. Seit längerem – und in bezug auf Zentralasien auch nur zu begründet – ist Ökologie ein Thema, das im unmittelbaren Zusammenhang mit Sicherheitsfragen diskutiert wird. So wurde auf einem Gipfeltreffen zentralasiatischer Staaten in Aschgabat im April 1999 das Problem regionaler Wassernutzung als eine Frage von Sicherheitspolitik behandelt.

Diese "introvertierten" Ansichten über Sicherheit und Stabilität stehen in einem Kontrast zur internationalen Wahrnehmung Zentralasiens und der Regionen beiderseits des Kaspischen Meers, in der ein "Great Game", der Kampf äußerer Mächte um wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluß, in den Vordergrund tritt. So geht zum Beispiel aus Meinungsumfragen und Expertenbefragungen über "nationale Sicherheit" in Kasachstan hervor, daß die Furcht vor gravierenden sozialen Konflikten aufgrund der negativen sozialökonomischen Entwicklung vor der Wahrnehmung äußerer Bedrohungsfaktoren

⁴⁵ Claudia Stein, Aspekte der Regionalentwicklung des Fergana-Tals im Kontext des mittelasiatischen Transformationsprozesses, in: Differenzierungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa. Beiträge für die 7. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten, BIOst u.a. (Hrsg.), Juni 2000, S. 68-73.

rangiert, obwohl das Sicherheitsgefühl Kasachstans durch die Nachbarschaft zu nuklearen Großmächten wie China und Rußland sowie zu Konfliktzonen in Mittelasien durchaus berührt wird.⁴⁶

Ganz im Sinne solcher nichttraditionellen Sicherheitsfragen äußerte sich Marat Tashin, der junge Sekretär des Sicherheitsrats Kasachstans und Präsidentenberater, über die kürzlich erneuerte Sicherheitsdoktrin seines Landes. Auf die Frage, welche äußeren Bedrohungen Kasachstan heute beunruhigen, antwortete er: "Es ist kein Geheimnis, daß die Situation in der zentralasiatischen Region sehr kompliziert ist. Viele Experten haben in ihr für 1999 und 2000 erhöhte Spannungen vorausgesagt. Leider haben sich ihre Prognosen bestätigt. Dennoch geht es hier nicht um kriegerische Konflikte im großen Maßstab, sondern um lokale Konflikte, die mit dem internationalen Terrorismus verbunden sind. Das Problem des internationalen Terrorismus ist wiederum auf das engste mit einem anderen Problem nationaler Sicherheit verbunden, nämlich mit dem Transfer von Waffen und Drogen über unser Territorium. Spezialisten der UNO meinen, daß im 21. Jahrhundert das Wasserproblem geopolitische Bedeutung gewinnen wird. Deshalb gehen wir davon aus, daß die Probleme bei der Regulierung von Wassernutzung nicht nur ein Element der ökonomischen, sondern auch der strategischen Sicherheit unseres Staates darstellen. ... Ein weiteres Problem sind nicht demarkierte Staatsgrenzen. Der diesbezügliche Vertragsprozeß mit China verlief sehr konstruktiv und zügig. Wenn wir aber von Zentralasien insgesamt sprechen, so existiert das Problem mit den Staatsgrenzen weiterhin."⁴⁷

Auch in Kirgistan, das sich von allen Seiten von mächtigeren Nachbarn umgeben sieht und von den Wirren in Tadschikistan in Mitleidenschaft gezogen wurde, trat in sicherheitspolitischen Aussagen die interne Dimension in den Vordergrund. Dies wird damit begründet, daß besonders in Übergangsgesellschaften von Fragen der inneren Sicherheit und der Funktionsfähigkeit staatlicher Strukturen alle übrigen "nationalen Interessen" einschließlich der außen- und sicherheitspolitischen abhängen.⁴⁸

In den Aussagen der Präsidenten zu Sicherheitsfragen der von ihnen regierten Länder kommt diese innerregionale Dimension deutlich zum Vorschein. Am ausführlichsten widmete sich Präsident Karimow publizistisch den staats- und regionsinternen Sicherheitsrisiken.⁴⁹ Auch Präsident Nasarbajew warnte in seinem Buch "Kasachstan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" eindringlich vor der Gefahr einer Destabilisierung des Staates durch separatistische, extremistische und fundamentalistische Kräfte.⁵⁰ Solche Warnungen der Präsidenten folgen freilich nicht zuletzt auch einem Legitimationsbedürfnis: Es gilt, harte sicherheitspolitische Gründe für den Verzicht auf Demokratisierung und Liberalisierung des Herrschaftssystems vorzubringen, die

⁴⁶ E. Karin, Vnutripolitičeskie aspekty nacional'noj bezopasnosti Kazachstana, in: Central'naja Azija i Kavkaz, No. (3) 4 1999, S. 80-88, bes. S. 82.

⁴⁷ Interview in Nezavisimaja gazeta, 16.3.2000.

⁴⁸ M. Omarov/N. Omarov, Problemy nacional'noj bezopasnosti Kyrgyzstana na sovremennom etape ego razvitiya, in: Central'naja Azija i Kavkaz, 3 (4) 1999, S. 96-101.

⁴⁹ Siehe besonders: Islam Karimow, Usbekistan and der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt, Taschkent o.J.

⁵⁰ Nursultan Nazarbaev, Na poroge XXI veka, Almaty 1996, S. 140f.

Präsidialautokratie zu legitimieren und politische Opposition als ein Sicherheitsrisiko darzulegen. In Zentralasien konkurrierten bis Mitte der neunziger Jahre zwei konträre "Modelle": Kirgistan stellte sich als die "Insel der Demokratie" in der Region dar und beeindruckte eine Zeitlang durch wirtschaftliche und politische Reform- und Liberalisierungsmaßnahmen; Usbekistan hielt dem das Image einer "Insel der Stabilität" entgegen, plazierte Sicherheit eindeutig vor Liberalität und entwickelte sich dabei zunehmend zu einem Polizeistaat. Beide Modelle sind inzwischen in Frage gestellt worden: Weder ist Usbekistan wirklich stabil noch Kirgistan wirklich demokratisch.

Der usbekische Präsident Islam Karimow führte in seinem Buch "Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" von 1996 in einem langen Kapitel "Gefährdung der Sicherheit" folgende Risikofaktoren auf: regionale Konflikte in Afghanistan und Tadschikistan, die Gefahr der Übertragung terroristischer Aktivitäten aus diesen Konfliktzonen über durchlässige Grenzen hinweg, Flüchtlingsströme, religiösen Extremismus und aggressiven Nationalismus, interethnische Konflikte, die Zunahme von Korruption und Kriminalität, Vetternwirtschaft und Klanstrukturen sowie ökologische Probleme. Dabei hob er den grenzüberschreitenden, transnationalen Charakter solcher Risikofaktoren hervor: "Die regionalen Konflikte werden immer häufiger zu steten Quellen solcher Gefahren und Erscheinungen wie Terrorismus und Gewalt, Drogenhandel und illegaler Waffenhandel sowie massive Menschenrechtsverletzungen. Diese Erscheinungen beschränken sich nicht auf einen einzelnen Staat."⁵¹

Am ausführlichsten widmete er sich dem "religiösen Extremismus". Die Gefahr, die für Usbekistan vom "islamischen Fundamentalismus" ausgeht, sichtete er in folgenden Punkten: in dem Versuch, das Vertrauen der gläubigen Moslems in die notwendigen staatlichen Reformen zu untergraben und Werte wie Säkularismus und Demokratie zu diskreditieren, in der Versklavung der Persönlichkeit und der Einschränkung von Gedankenfreiheit, in der Spaltung der Bevölkerung in "wahre" und "falsche" Moslems, in der Verleumdung des Landes und seiner Regierung als "atheistisch", in der Schaffung einer globalen Konfrontation zwischen der islamischen und nichtislamischen Welt sowie in dem Versuch, Religion als Mittel für die Lösung aller ökonomischen, politischen und internationalen Probleme zu propagieren. "Wir werden es jedoch nie zulassen, daß religiöse Schlagworte zu Zeichen des Kampfs um die Macht und ein Weg für die Einmischung in die Politik, Wirtschaft und Jurisprudenz werden, weil wir hierin ein bedeutendes Potential für die Gefährdung der Sicherheit und Stabilität unseres Staates sehen."⁵²

In Usbekistan wurde bis 1993 die säkulare politische Opposition – insbesondere die Parteien "Birlik" (Einheit) und "Erk" (Freiheit) – ausgeschaltet. Um die Fassade eines Mehrparteiensystems zu wahren, wurden später vom Regime selber regierungskonforme Parteien ins Leben gerufen. Von politischer Alternanz, von realem Pluralismus, von Presse- und Meinungsfreiheit kann aber nicht die Rede sein. Kritiker dieser Politik prognostizierten, daß durch die

⁵¹ Ebenda, S. 17.

⁵² Ebenda, S. 52.

Beseitigung aller politischen Kanäle für die Artikulation von Unzufriedenheit und Kritik an der Regierung oppositionelle Energie zwangsläufig auf die Moscheen abgeleitet würde – ein Vorgang, der aus der Entwicklung vieler Staaten des Mittleren Ostens bekannt ist.

Die Regierung ging gegen alle Manifestationen von Islam vor, die sich nicht in den Rahmen der rigiden staatlichen Religionspolitik fügten und nicht dem 1998 novellierten Religionsgesetz entsprachen, in dem der Staat Kontrolle über religiöse Aktivitäten beansprucht. Nach brutalen Morden an Polizisten in Namangan 1997 hat sich das Vorgehen der staatlichen Gewaltorgane gegen "religiöse Extremisten" zu einer Verfolgungswelle gesteigert, der Hunderte religiös aktiver Personen zum Opfer fielen. Die für Zentralasien zuständige Niederlassung von "Human Rights Watch" in Taschkent weist seitdem auf eine "Krise der Menschenrechte" in Usbekistan hin, in deren Zentrum die Verletzung von Religionsfreiheit steht. Das amerikanische State Department vermied es in seinem diesjährigen "International Religious Freedom Report" hingegen, Usbekistan als "country of particular concern of religious freedom" zu klassifizieren, weil die repressierten Personen nicht aus religiösen, sondern aus politischen Gründen staatlicher Verfolgung unterlägen.⁵³ Dabei geht die offizielle Religionspolitik von zwei plausiblen Zielsetzungen aus. Sie bekräftigt den säkularen Charakter der Staatsverfassung und hat den religiösen Frieden in einem multikonfessionellen Vielvölkerstaat zu wahren, in dem der Islam allerdings die mit Abstand größte Konfessionsgruppe darstellt.⁵⁴ Sie verfolgt diese Ziele aber in einer Weise, die an fundamentale Fehleinschätzungen der sowjetischen Religionspolitik erinnern: an den Glauben, die Religiosität der Bevölkerung kontrollieren und ihr verdächtige Erscheinungen in diesem Bereich mit staatlichen Machtmitteln bekämpfen zu können. Als Projekt gegen "religiösen Extremismus" und als Mittel nationaler Integration förderte das Regime einen "Nationalstaatsislam", der als "weltlicher Islamismus" bezeichnet wird. Theoretiker der regierenden Volksdemokratischen Partei, der Nachfolgerin des kommunistischen Republikparteiparats aus sowjetischer Zeit, entwickelten dieses Konzept, das folgende Grundthesen enthält: 1. Der Islam in Usbekistan trägt nationalen Charakter und stellt eine spezifische Islamvariante dar, die von anderen Varianten wie dem "türkischen Islam" oder dem "iranischen Modell" unabhängig ist. 2. Er ist untrennbar mit dem Nationalstaat verbunden, spielt die Rolle eines Mobilisators bei der nachsowjetischen Staats- und Nationsbildung und unterstützt "den Aufschwung der Wirtschaft und die Schaffung eines Rechtsstaats demokratischen Typs durch traditionelle, nationale geistige Werte". 3. Er bildet den "Übergangsmechanismus" in der Entwicklung Usbekistans von der "Dritten" zur "Zweiten Welt" (Länder wie China, Indien, Südkorea u.a.) mit der Tendenz zur Annäherung an die "Erste Welt".⁵⁵ Daß dieses Konstrukt

⁵³ Statement of Acacia Shields, Uzbekistan Researcher, Human Rights Watch, September 7, 2000.

⁵⁴ Von 1.702 religiösen Vereinigungen und Gemeinden in Usbekistan, die bis August 1999 offiziell registriert wurden, gehörten 1.566 (92%) zum Islam, 44 zur Protestantischen Kirche Koreas (in Usbekistan lebt eine koreanische Minderheit), 30 zur Russisch-Orthodoxen Kirche, 16 zur Baptistengemeinschaft, weitere zu den Adventisten, zur jüdischen Gemeinde, zur lutherischen Kirche, zur Bahai-Sekte u.a. in: Pravda Vostoka, 14.8.1999.

⁵⁵ J. Umanskij/A. Arapov, Svetskij Islamizm: variant Uzbekistana, in: Svobodnaja mysl', 7/1995, S. 104-118.

starke Züge eines "ideologischen Experiments" trägt, wird angeblich auch in der Umgebung des Präsidenten zugegeben.

Von welchen Faktoren hängt Stabilität in Zentralasien ab? Die Rangfolge ist von Land zu Land unterschiedlich. Was externe Bedrohungsfaktoren betrifft, entscheidet die geographische Lage darüber, inwieweit Groß- und Regionalmächte im Umfeld Zentralasiens und regionale Konfliktzonen wie die afghanische das Sicherheitsgefühl einzelner Staaten der Region tangieren. Usbekistan und Turkmenistan haben sowohl mit Rußland als auch mit China keine gemeinsamen Grenzen und zu beiden größere geographische Distanz als ihre Nachbarn, die an die eine oder die andere der beiden Großmächte oder an beide grenzen. Gemeinsam mit Tadschikistan ist Usbekistan dafür gegenüber den Entwicklungen in Afghanistan stärker exponiert als etwa Kasachstan. Auch die Konstellation der internen Stabilitätsfaktoren und Sicherheitsrisiken ist unterschiedlich. So ist zum Beispiel die Notwendigkeit, ethnopolitische Stabilität zu sichern und Konflikten zwischen Volksgruppen vorzubeugen, für Kasachstan und Kirgistan zwingender als für die ethnisch homogeneren Länder Turkmenistan und Usbekistan.

Es gibt jedoch Gemeinsamkeiten: In allen Ländern wird die Bedeutung der Wirtschaftsentwicklung für die Stabilisierung von Staat und Gesellschaft betont. Insbesondere in Kasachstan wurde die Wirtschaftskrise, die in den Nachbarländern freilich noch stärker ausgeprägt ist, im öffentlichen Diskurs als ein herausragender Bedrohungsfaktor der nationalen Sicherheit behandelt. Auch das Thema "Korruption" wird in einen unmittelbaren Zusammenhang mit "nationaler Sicherheit" gestellt und als eine der gravierenden Ursachen von Instabilität betrachtet.

Demographische Faktoren

Seit den siebziger Jahren wurde die Entwicklung Zentralasiens im Rahmen der Sowjetunion sehr stark unter demographischen Aspekten behandelt. Auch in nachsowjetischer Zeit tritt Demographie in Analysen über Entwicklung, Stabilität und Sicherheit der jungen Staaten in Zentralasien als ein entscheidender Faktor hervor. Aber während damals generell das Bild einer regionalen "Bevölkerungsexplosion" vorherrschte, differenzieren sich die demographischen Probleme heute stärker. Im südlichen Teil Zentralasiens werden nach wie vor demographische Probleme von Drittweltländern hervorgehoben, obwohl das natürliche Bevölkerungswachstum im Vergleich zu den achtziger Jahren in einigen Republiken so weit gesunken ist, daß von einer "demographischen Transition" gesprochen werden kann. Doch die sehr junge Altersstruktur der Gesellschaft – in Usbekistan waren 1996 42,8 Prozent der Bevölkerung unter 16 Jahren – wird weiterhin für ein rasches Bevölkerungswachstum sorgen und immer mehr Menschen auf einen sich verengenden Arbeitsmarkt drängen lassen.

Demographische Fragestellungen rücken Usbekistan in den Mittelpunkt von Regionalanalysen über Zentralasien. Das Land bildet das Bevölkerungsschwergewicht in der Region (45 Prozent der Bevölkerung der Gesamtregion), und hier befinden sich die Zonen der stärksten Bevölkerungsdichte.⁵⁶ Nach wie vor liegt das Schwergewicht der Bevölkerung und

⁵⁶ EIU (Economist Intelligence Unit), Country Profile: Uzbekistan 1999-2000, S. 12; Ljudmila Maksakova, Tendencii demografičeskogo razvitija v Uzbekistane, in: Central'naja Azija i Kavkaz, 5 (6) 1999, S. 41-47.

des Arbeitsmarkts auf dem Land (1997: 62,2 Prozent). Dabei hat in einigen ländlichen Regionen die Bevölkerungsdichte einen Grad erreicht, daß auf den Kopf der Bevölkerung nur noch ein verschwindend geringer Anteil kultivierbaren Bodens entfällt.

Dagegen verzeichnet Kasachstan in nachsowjetischer Zeit eine "demographische Krise" unter dem entgegengesetzten Vorzeichen. Seine Bevölkerungszahl ist von 16,6 Mio. im Jahr 1989 auf 14,9 Mio. im Jahr 1999 geschrumpft und unter den Stand von 1980 gesunken.⁵⁷ Diese Schrumpfung geht nicht mehr nur auf negative Migrationssalden durch die Emigration aus dem russischsprachigen Bevölkerungsteil zurück, sondern wird zunehmend durch sinkende Geburten- und wachsende Sterblichkeitsraten bedingt. Sie reflektiert gravierende Probleme Kasachstans wie die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, den Niedergang des Gesundheitswesens und die unbereinigten ökologischen Probleme aus der sowjetischen Hinterlassenschaft. Mit diesem Gefühl rückläufiger Bevölkerungsentwicklung steht Kasachstan der geballten demographischen Macht seines Nachbarn China gegenüber. Seine Gesamtbevölkerung entspricht ungefähr der jährlichen Bevölkerungszunahme seines Nachbarn im Osten. Kasachstan hat in den letzten Jahren gemeinsam mit anderen zentralasiatischen Staaten sein Verhältnis zu China durch eine Reihe von Verträgen, Grenzabkommen und Wirtschaftsbeziehungen im Geiste guter Nachbarschaft geregelt. Aber wenn auch auf der offiziellen zwischenstaatlichen Ebene die Beziehungen als positiv dargestellt werden, flößt China doch durch seine schiere Bevölkerungsgröße Furcht ein.

Umweltprobleme und Wasserkonflikte

Unsicherheit im Sinne der "neuen Sicherheitsrisiken" geht in Zentralasien von der Umweltzerstörung und dem Mangel an zwischenstaatlicher ökologischer Kooperation aus. In der Wahrnehmung Europas konzentriert sich die ökologische Krise der Region auf die Tragödie des Aralsees. Die Verlandung dieses Sees mit ihren verheerenden ökologischen, ökonomischen und medizinischen Auswirkungen stellt aber nur einen zentralen Ausschnitt aus einem breiteren Zusammenhang der Wasser- und Bodenprobleme in den Trockengebieten Zentralasiens dar. Sie hat weltweite Missionen und Hilfsprojekte ausgelöst, die aber in der betroffenen Region offenbar noch nicht viel bewirkt haben. Diese Skepsis geht zumindest aus einem Sprichwort hervor, das in der Aralregion aufgekommen ist und da lautet: Wenn jeder Umweltspezialist, der zu uns kommt, einen Eimer Wasser mitbrächte, wäre der Aralsee bereits wieder gefüllt. Da wurden unzählige Dokumente unterzeichnet, doch für ihre Umsetzung fehlen die Mittel. Die giftigen Salzverwehungen bedecken immer weitere Regionen in Westusbekistan, Südkasachstan und Nordturkmenistan. Hier lebt eine Bevölkerung von nahezu 5 Mio. Menschen unter medizinisch äußerst bedenklichen Umständen.⁵⁸

In Europa wird Zentralasien gerne mit Erdöl, Erdgas und Pipelines assoziiert. Dabei wird übersehen, daß die mit Abstand wichtigste Naturressource für eine Region wie diese "Wasser" heißt und daß dem regionalen Bewässerungssystem letztlich größere Bedeutung für das Überleben zukommt als dem System bestehender oder in Projekten vorgesehener

⁵⁷ EIU (Economist Intelligence Unit) Country Report: Kazakhstan, 3rd quarter 1999, S. 22.

⁵⁸ Ian Small, Health and Research in the Aral Sea Area, in: Central Asia Monitor, 1/2000, S. 16-23.

Pipelines für Energierohstoffe. Wir wissen, wie verschwenderisch mit dieser Ressource in sowjetischer Zeit umgegangen worden ist. Trotz einiger Veränderungen in der Baumwollwirtschaft in nachsowjetischer Zeit besteht bislang wenig Aussicht, daß die zentralasiatischen Staaten diese extensive Wassernutzung drastisch reduzieren und ihre Hydrosysteme renovieren. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft und der Wirtschaftsschrumpfung nach 1991 verschlechterten sich die schon in sowjetischer Zeit unzureichenden Maßnahmen zum Schutz des Wassers noch. An den grenzüberquerenden Flüssen wird die Wasserverschmutzung nicht mehr gemessen. Aus abgewrackten Berghalden sickern teilweise radioaktive Abfälle ins Grund- und Flußwasser. Die Baumwollwirtschaft mit ihrem unstillbaren Durst nimmt nach wie vor den ersten Platz in der Landwirtschaft mittelasiatischer Staaten ein und bleibt das Hauptausfuhrprodukt Usbekistans. Und sie richtet nach wie vor ökologische und soziale Schäden an.

Internationale Experten haben längst vor Konflikten gewarnt, die zwischen Staaten des Mittleren Ostens, zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak oder zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, wegen Wasserknappheit aufkommen. Daß Wasser zu einem sicherheitspolitisch hoch relevanten Thema in den Beziehungen zwischen den neuen Staaten in Zentralasien wird, ist dagegen noch nicht ins allgemeine Bewußtsein gedrungen. Dabei ist es in dieser Region bereits zu offenen Konflikten wegen der Wassernutzung und -verteilung gekommen. So waren 13 Provinzen in Nordusbekistan und im Ferganatal im Sommer 2000 von einem mit hohen Ernteausfällen verbundenen Mangel an Irrigationswasser betroffen. Während Taschkent diesen Mangel offiziell mit "Niederschlagsrückgang" und "Dürre" begründete, sahen einige Experten einen unregulierten Wassernutzungskonflikt mit dem Nachbarn Kirgistan als die eigentliche Ursache an. Kirgistan hatte Usbekistan Wasser aus dem Reservoir des Toktogul-Staudamms, von dem die Bewässerung weiter Regionen Usbekistans und Südkasachstans abhängt, vorenthalten, um sich für die häufigen Unterbrechungen von Erdgaslieferungen aus dem Nachbarland zu rächen.⁵⁹

Die zentralen Strukturen und Verwaltungsinstrumente für Wassernutzung aus sowjetischer Zeit existieren nicht mehr, ein neues zwischenstaatliches Regelungssystem ist noch nicht an ihre Stelle getreten. Eines der dringlichsten Probleme ist deshalb die Organisation eines gemeinsamen Konsortiums für Wasser- und Energiefragen für die gesamte Region. Ungeregelte, konfliktvolle Wassernutzung kann zu einem erheblichen Sicherheitsrisiko in Zentralasien werden. Die Länder haben sehr ungleiche Wasserressourcen. Staaten wie Kirgistan und Tadschikistan, die zu den schwächsten Wirtschaftsregionen Zentralasiens gehören, liegen an den Quellen der zentralasiatischen Flußsysteme und nehmen in wasserpolitischer Hinsicht eine starke Position ein. Damit können sie Druck auf ihre Nachbarn ausüben, von denen sie selber wiederum hochgradig abhängig sind, wenn es um die Lieferung von Brennstoffen geht. Zwischen Usbekistan und Turkmenistan (entlang des Unterlaufs des Amu-Darja), zwischen Kirgistan und Usbekistan (Wasserversorgung des Ferganabeckens über den Naryn und den Toktogul-

⁵⁹ Bahodir Sidikov, *Water War in Central Asia?*, in: *Times of Central Asia*, Vol. 2, Issue 33, 17.8.2000. Zum Problem der grenzüberschreitenden Flüsse: Š.M. Nadyrov, *Vodnye resursy transgraničnych rek Central'noj Azii*, in: *Kazachstan-spektr*, 2/2000, S. 43-53.

Staudamm) und zwischen Kasachstan und China zeichnen sich bereits gravierende Wasserkonflikte ab.

Wasser- und Bodenverknappung wird auch zum Auslöser für ethnische Konflikte. Das gilt besonders für das Ferganabecken, wo die frühesten Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen in Zentralasien beim Zerfall der Sowjetunion ausgebrochen waren.

"Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Entstehen der fünf unabhängigen zentralasiatischen Staaten wurden ehemals nationale Probleme der Wasserverteilung zu potentiellen internationalen Konfliktherden. Diese Probleme können nur von den zentralasiatischen Staaten selber gelöst werden, da das internationale Wasserrecht hierzu keine konkreten Handlungsanweisungen liefert, die einfach auf die Region übertragen werden könnten. Auf der Basis dieser Prinzipien müssen konkrete zwischenstaatliche Verträge über die Nutzung der Flüsse des Einzugsgebietes des Aral-Sees ausgearbeitet und abgeschlossen werden. Voraussetzung dafür sind handlungsfähige Institutionen im Bereich des Wassermanagements, ein zuverlässiges Monitoring von Wassermengen und -qualität in der gesamten Region, allgemeine Zugänglichkeit gesammelter und prognostizierter Daten, sowie eine öffentliche und freie Diskussion unter Beteiligung aller, die an Verwaltung und Nutzung des Wassers beteiligt sind oder davon abhängen. Die bisherigen Deklarationen, die auf allen regionalen Treffen verabschiedet wurden, haben sicherlich zu einem konstruktiven Klima in der Wasserfrage beigetragen. Allerdings ersetzen sie nicht die heute noch fehlenden zwischenstaatlichen Verträge. In diesem Bereich besteht dringender Handlungsbedarf um zukünftigen Konflikten vorzubeugen. Bisher waren gewaltsame Auseinandersetzungen zwar auf kleinere Gebiete beschränkt, doch die Problematik der Wassernutzung und der Maßstab damit verbundener aktueller Probleme läßt nicht darauf vertrauen, daß dies auch in Zukunft so bleibt."⁶⁰

Drogenproduktion, -schmuggel und -handel

Der Mythos der Seidenstraße und die von ihm angeregten Projekte für euro-asiatische Handelskorridore über Zentralasien und Kaukasien haben nicht nur Politiker und Geschäftsleute, sondern auch Akteure anderer Art inspiriert. Lange bevor im August 1997 erste, noch bescheidene Mengen des aserbaidzhanischen "early oil" vom Westufer des Kaspischen ans Ostufer des Schwarzen Meers gepumpt wurden, waren neue "Seidenstraßen" von Afghanistan über Mittelasien, den Kaukasus und Rußland nach Europa für kriminelle Handelswaren, insbesondere für Drogen, in Dienst gestellt worden und hatten etablierte Handelsrouten wie die über den Iran ergänzt. Das Thema Drogentransfer hat sich besonders seit 1999 in den Mittelpunkt des Diskurses über die Bedeutung Zentralasiens und des kaspischen Raums für die internationale Sicherheit geschoben.

Den Ausgangspunkt der Drogenströme über diesen Raum bildet Afghanistan, das zur weltweit größten Opium- und Heroinquelle geworden ist. "Afghanistan bringt Europa an die Nadel" lautete die Überschrift eines ausführlichen Artikels über das Drogengeschäft in

⁶⁰ Jana Conen, Wasser- und Bodenverteilung in Zentralasien, Aktuelle Analysen des BIOst, 58/1996.

Zentralasien in einer russischen Zeitung.⁶¹ Darin heißt es, der Westen habe noch nicht begriffen, zu welchem globalen Problem sich der von Afghanistan ausgehende Drogenhandel entwickelt hat. Opiumzucht, Drogengewinnung und -handel seien zur dominierenden Wirtschaftsform in dem zerstörten Land geworden. Alle Konfliktparteien und militärischen Formationen, unabhängig von ihrer ideologischen oder ethnischen Orientierung, lebten davon, auch wenn der Löwenanteil auf Drogensyndikate entfällt, die mit den Taliban verbunden sind. Doch gerade die über Tadschikistan in den GUS-Raum transferierten Drogen kommen häufig aus dem stark geschrumpften Herrschaftsgebiet der mit Rußland verbündeten Talibangeegner, besonders aus dem von Ahmed Shah Massud kontrollierten Badachschan.⁶² Im Zusammenhang mit den Kämpfen in Afghanistan, der Isolation des Landes und dem Kollaps legaler Wirtschaftszweige wird die kriminelle Wirtschaftstätigkeit immer massiver und entwickelt sich zu einer Gefahr nicht nur für Zentralasien, sondern weit darüber hinaus. 1998 wurden in Afghanistan 3.000 Tonnen Rohopium erzeugt, 1999 bereits 4.500 t, für 2000 werde mit einem Ertrag von 7.000 t gerechnet. Damit könnten riesige Mengen Heroin produziert werden, wofür in Afghanistan freilich die technische Basis fehlt, auch wenn sich über das ganze Land mobile Kleinlaboratorien für die Weiterverarbeitung von Opium verbreitet haben und in einzelnen Haushalten manchmal bis zu 40 kg Heroin täglich produziert werden.⁶³

Von Afghanistan aus werden Drogen über sechs Haupttrouten transferiert, von denen vier über das exsowjetische Zentralasien führen. Das von einer Stabilisierung nach der Beendigung des Bürgerkriegs noch immer weit entfernte Tadschikistan bildet dabei den Hauptumschlagplatz. In einigen Landesteilen sind Kolchosen hier zum Opiumanbau übergegangen. Die Zentren der Produktion rauschgifthaltiger Substanzen sind die Regionen von Chatlon und Kofarnihon sowie der autonome Landesteil Berg-Badachschan. Die an der tadschikisch-afghanischen Grenze vom rußländischen Grenzschutz aufgegriffene Schmuggelware bildet nur die Spitze eines Eisbergs. In zunehmenden Maße wird der nicht kontrollierbare Luftweg für den Schmuggel genutzt. Der besonderen Rolle Tadschikistans in diesem bedrohlichen Kontext kommt die Kriminalisierung der Machtstrukturen in dem Land entgegen. Eine russische Quelle nennt exponierte Vertreter der herrschenden Elite wie den Bürgermeister von Duschanbe, M. Ubajdullojew, unter den bekannten Mitgliedern von Drogensyndikaten.⁶⁴ Auch ein bedeutender Teil der Kontereliten aus der Vereinigten Tadschikischen Opposition wird in diesem Kontext erwähnt. Noch schärfer äußert sich der Herausgeber der unabhängigen tadschikischen Zeitung "Charogi-Ruz": "Kein Land bedroht wahrscheinlich Rußlands Sicherheit mehr als Tadschikistan. Heute hat sich Tadschikistan in ein 'zweites Kolumbien' verwandelt. Drogenbarone sitzen im Präsidentenpalast, in den Rathäusern und Ministerien."⁶⁵ Der russische Innenminister Ruschailo bestätigte bei einem Besuch in Tadschikistan Ende August 2000 diese Bedrohungsperzeption: "Seit Anfang des vergangenen Jahres wurden auf

⁶¹ V. Popov, Afganistan sažet Evropu "na iglu", in: Nezavisimaja gazeta, 9.6.2000.

⁶² Vgl. Christian Neef, Angriff auf die Zivilisation, in: Der Spiegel, 32/2000, S. 148-149.

⁶³ Nezavisimaja gazeta, 9.6.2000.

⁶⁴ Narkobiznes v Tadžikistane. Po materialam moskovskoj, regional'noj i zarubežnoj pressy, soobščenijs informacionnych agentstv, 18.8.2000: <http://www.ferghana.ru/news>.

⁶⁵ Zit. in Times of Central Asia, Vol. 2, Issue 33, 17.8.2000.

dem Territorium Rußlands rund tausend Bürger Tadschikistans verhaftet, bei denen insgesamt mehr als eine Tonne verschiedener Drogen konfisziert wurden."⁶⁶

Das Land ist in vier politische Hoheits- und Einflußzonen unterteilt: in die unter Kontrolle des Präsidenten Rahmonow und der heutigen Machtelite aus Kulob stehenden Gebiete im Landeszentrum, in die Nordprovinz Leninabad im Ferganatal, aus der die vormals herrschende Elite stammt, in den südöstlichen Landesteil (Karategintal), der praktisch von der islamischen Opposition kontrolliert wird, und in den autonomen Landesteil Berg-Badachschan, in dem Anhänger des Aga-Khan Einfluß ausüben. In diesen vier Einflußzonen konkurrieren ihrerseits regionale Klanführer und religiöse sowie politische Kräfte miteinander. Diese starke Regionalisierung zählt zu den Faktoren, die der Bildung krimineller Syndikate entgegenkommt. Ein anderer entscheidender Faktor ist die Verarmung der Bevölkerung, die in Tadschikistan die Höchstwerte innerhalb der GUS erzielt.⁶⁷ Im Gefolge der Drogenkriminalität wächst die gesamte Kriminalitätsrate. 1997 hatten 37 Prozent aller strafrechtlich verurteilten Personen in Tadschikistan mit Drogenkriminalität zu tun, 1998 bereits 45 Prozent.⁶⁸

Die Verlagerung auf zentralasiatische und kaukasische Routen hat nicht zuletzt mit dem beachtlichen Bemühen des Iran zu tun, den Drogentransfer über sein Staatsterritorium zu reduzieren und damit einen Beitrag zur Sperrung oder zumindest Behinderung einer klassischen Drogenroute zu leisten.⁶⁹ Angesichts dieser Verlagerung rief der Leiter der Abteilung für die Bekämpfung des Drogenschmuggels im Außenministerium Rußlands, General Alexander Sergejew, kürzlich dazu auf, einen zweiten Sicherheitsgürtel für die Blockierung des Drogentransfers von Afghanistan nach Europa zu bilden. Rußland habe dieses Anliegen gemeinsam mit Kasachstan der UNO vorgetragen. Die Minimalkosten für ein solches Projekt würden sich auf 100 Mio. Dollar belaufen. Das Moskauer Regionalbüro des UNDCP (United Nations Drug Control Program) teilte neueste Daten mit, die solche Kosten als geringfügig erscheinen lassen: Das Jahreseinkommen aus dem illegalen Drogengeschäft betrage etwa 50 Mrd. Dollar. Zur Zeit seien weltweit 20 Mio. Menschen (4 Prozent der Weltbevölkerung) rauschgiftsüchtig. Im Laufe von fünf Jahren habe sich die Zahl der Drogenkonsumenten um das 3,6fache erhöht. Wenn diese Tendenz anhalte, müsse Rußland im Jahr 2010 mit 3 Mio.

⁶⁶ Izvestija, 26.8.2000, elektr. Version.

⁶⁷ Der Großteil der Bevölkerung (80%) lebt hier unterhalb der Armutsgrenze. Ein gemeinsamer Bericht des "World food Program" und der "Food and Agriculture Organization" der UN stellte im Sommer 2000 fest, daß die Hälfte der Bevölkerung nicht in der Lage ist, "to meet their basic minimum nutrition requirements", RFE/RL, 26.7.2000.

⁶⁸ Narkobiznes v Tadžikistane.

⁶⁹ Die Islamische Republik Iran wendet laut Aussage ihres dafür zuständigen Dienstes jährlich bis zur einer Milliarde Dollar für die Bekämpfung des Drogenschmuggels auf. Es gelang Iran durch entsprechende Kontrollmaßnahmen, 17% aus der Gesamtmenge des weltweiten Drogentransfers zu eliminieren. Dadurch hat sich der Drogenstrom nach Norden verlagert, auf den zentralasiatischen und den GUS-Raum. Die Gesamtlänge der Grenzen zentralasiatischer Staaten zu Afghanistan beträgt 2.000 km, die des Iran 936 km. Informationen aus einem Rundschreiben der Botschaft Usbekistans vom 20. April 2000.

Drogensüchtigen rechnen. Der Hauptstrom der harten Drogen komme von Afghanistan und Pakistan über Zentralasien nach Europa.⁷⁰

Auch die zentralasiatischen Staaten betonen mit größtem Nachdruck, daß der ausgreifende Drogenhandel ein globales Problem darstelle, wenn er auch unmittelbar den Frieden und die Sicherheit in ihrer eigenen Region am stärksten bedrohe. Der usbekische Präsident hat das Problem auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul im November 1999 dargelegt. Usbekistan benennt als Hauptprobleme bei der Realisierung des Kampfs gegen den Drogenschmuggel:

- daß die Maßnahmen des UNDCP für Drogenkontrolle und -bekämpfung in der Region nicht ausreichen und die Potentiale anderer internationaler Organisationen in diese Aufgabe einbezogen werden müßten;
- die gegenwärtige Aktivierung militanter Kräfte mit Hauptstützpunkten in Afghanistan, deren Strategie in der Errichtung militarisierter Drogensyndikate in Zentralasien und im Kaukasus bestehe;
- die Behinderung der Drogenbekämpfung durch die Geländeformen in den betroffenen Gebieten und den Mangel an Spezialausrüstung, die für die Verfolgung der Drogenkriminalität notwendig wäre. In diesem Zusammenhang mache es sich Usbekistan zur Aufgabe, mobile, selbstversorgende, technologisch modernisierte und professionell ausgebildete Streitkräfte zu schaffen. Dafür benötige man Hilfe in Form moderner Spezialtechnik, mobiler Kommunikationsmittel und fachlicher Ausbildung. Usbekistan bittet die EU um Unterstützung beim Aufbau eines über die ganze Region installierten Informationssystems, um die Koordinierung der Rechtsschutzorgane und anderer Strukturen für die Bekämpfung des Drogentransfers zu verstärken. Man benötige finanzielle und technische Hilfe für eine Modernisierung des Grenzschutzes (Festnetz- und Funkverbindungen, Röntgenausrüstungen, Analyse- und Anzeigegeräte) und bittet um die Aus- und Weiterbildung von Spezialpersonal aus Zentralasien in den EU-Staaten.⁷¹

Usbekische Behörden (Sicherheitsdienst, Truppen des Innenministeriums, Zoll, Grenzschutz) haben in fünf Jahren bis 1999 29 Tonnen Rauschgift konfisziert und vernichtet (davon 2.250 kg Opium und 90 kg Heroin). In diesem Zeitraum wurden 15.000 Strafprozesse gegen Drogenschmuggler eingeleitet.⁷² Allerdings muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß laut Mitteilung internationaler Menschenrechtsorganisationen in Usbekistan der Unterschub von Drogen oder Waffen zu einer gängigen Methode bei der Konstruktion strafrechtlicher Tatbestände gegen unliebsame Dissidenten und Regimekritiker geworden ist.

Auch Kasachstan legt größten Nachdruck darauf, daß die Bekämpfung des Drogenhandels (und des Terrorismus) die höchste sicherheitspolitische Priorität für die zentralasiatischen Staaten erlangt habe.⁷³ Der Leiter der dortigen Behörde für den Kampf gegen Drogenschmuggel beklagt "unzureichendes Verständnis der Gesellschaft für die wahren

⁷⁰ Times of Central Asia, Vol. 2, Issue 26, 29.6.2000.

⁷¹ Rundschreiben der Botschaft Usbekistans in Deutschland vom 25. April 2000.

⁷² Usbekisches Fernsehen und ITAR-TASS, 15.12.1999.

⁷³ No Problem more Pressing than Drugs, in: Times of Central Asia, Vol. 2, Issue No. 24, 15.6.2000; T.P. Vedeneeva, Učastie Kazachstana v Programmach OON po problemam bor'by s narkotikami, in: Kazachstan Spektr. Analitičeskie issledovanija, 3 (9) 1999, S. 38-45.

Ausmaße dieses Übels". Die Hauptquelle des Problems sei zwar Afghanistan, aber Kasachstan selber beherberge "riesige Flächen wilder Rauschgiftpflanzung" und sei wegen seiner völlig ungesicherten Grenzen zum Transitkorridor für Drogen geworden. Während sich die allgemeine Kriminalitätsrate des Landes zwischen 1991 und 1999 um 19 Prozent verringert habe, sei die drogenbezogene Kriminalität um das 4,3fache angestiegen.⁷⁴

Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Drogenkontrolle in Zentralasien begann 1993 mit der Einrichtung eines für alle fünf Staaten der Region zuständigen Büros des UNDCP in Taschkent. Bis 1998 wurden fünf multisektorale Landesprojekte (zwei in Kirgistan, jeweils eins in Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan) entwickelt.⁷⁵ Mit der Beendigung des Bürgerkriegs in Tadschikistan wird ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit auf dieses Land zu legen sein, das die Haupteinfallspforte für die Verbreitung von Drogen und Terrorismus von Afghanistan nach Zentralasien bildet. Tadschikistan ist das deutlichste Beispiel für den engen Zusammenhang von Drogen- und anderer Kriminalität mit elementaren "governance"- und Staatsbildungsproblemen in Zentralasien.⁷⁶ Mit der Konsolidierung der "nationalen Versöhnung" und der Eingliederung ehemaliger Guerillaführer in die offiziellen Machstrukturen hat sich das Hauptproblem des Landes vom Bürgerkrieg auf die grassierende Kriminalität verlagert und die Anforderung an den Staatsbildungsprozeß von der Beendigung des Bürgerkriegs auf die Wiederherstellung des Gewaltmonopols der Zentralregierung und die Unterwerfung aller Landesteile unter dieses Monopol. Dieser Prozeß stößt auf den Widerstand einiger immer noch aktiver und autonomer "warlords", die mit dem Drogenhandel und anderen kriminellen Wirtschaftsformen verbunden sind. Am Beispiel Tadschikistans und des Ferganatales wird der äußerst verwickelte Zusammenhang von Drogenhandel, allgemeiner Kriminalitätsentwicklung, dem Auftreten terroristischer Formationen, der Autonomie von Landesteilen und der Schwäche von Zentralregierungen deutlich.⁷⁷

Ausblick: Politisches Herrschaftssystem und Stabilitätssicherung

Eine grundlegende und kontrovers behandelte Frage ist, inwieweit die politischen Systeme, die sich in nachsowjetischer Zeit in den zentralasiatischen Staaten etabliert haben, nationale und regionale Sicherheit gewährleisten. In Hinsicht auf den autoritären, gegenüber Oppositionsbildung repressiven Charakter der Regierungen existieren graduelle Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten, allen gemein ist aber die Zuspitzung politischer Macht auf eine einzige Person, auf die des Präsidenten. Regimesicherheit wird von den Machteliten in der Region mit nationaler Sicherheit gleichgesetzt. Auch westliche Beobachter haben

⁷⁴ Times of Central Asia, Vol. 2, Issue No. 23, 8.6.2000.

⁷⁵ UNDCP Regional Office for Central Asia – Tashkent: Current/Planned Activities in Central Asia, 18.3.1998.

⁷⁶ Vgl. Alexander Seger, Drogen, Kriminalität und politische Entwicklung in Zentralasien, Aktuelle Analysen des BIOst, 38/1997; Citha D. Maaß/Johannes Reissner, Afghanistan und Zentralasien. Entwicklungsdynamik, Konflikte und Konfliktpotential. Teil A: Dachstudie, SWP- S 422/A, März 1998, S. 155-118.

⁷⁷ Crime and terrorism in Central Asia, Jane's Intelligence Review, July 2000, S. 16-17.

mitunter diese Herrschaftsstruktur als der Region historisch und situativ (Transitionsperiode) angemessen dargestellt und ihr einen höheren Maß an Stabilitätswahrung zugetraut als einer "chaotischen Demokratisierung". Doch in der hochgradigen Personalisierung der Regierungsgewalt liegt zumindest ein erhebliches strukturelles Risiko für eine nachhaltige Stabilitätssicherung. Unter den Bedingungen einer Präsidialautokratie, wie sie in Turkmenistan herrscht, wird der Gesundheitszustand der Majestät zum ausschlaggebenden Stabilitätsfaktor eines Landes. Die Präsidialautokratie neigt dazu, den Aufstieg von Politikern, die zu Konkurrenten und Nachfolgern des herrschenden Präsidenten werden könnten, zu unterdrücken. In den oppositionsbereinigten Gesellschaften Zentralasiens bleiben aber bei allem noch so autoritären Charakter der Regierungsgewalt landsmannschaftliche oder klanartige Differenzierungen der Gesellschaft und der Eliten als eine potentielle Quelle politischer Machtkämpfe erhalten.⁷⁸ Inwieweit schränken Regionalismus und Tribalismus in Verbindung mit der physisch-geographischen Trennung bestimmter Landesteile vom Republikzentrum die Hoheit der Regierung über ihr Staatsterritorium und dessen Durchdringung mit der vom Präsidentenpalast ausstrahlenden Bürokratie ein?⁷⁹ Das klassische Beispiel für die Relevanz dieser Fragestellung ist Tadschikistan, wo der Bürgerkrieg von Machtkämpfen zwischen Regionaleliten geprägt war. Bei aller nach wie vor zu beklagenden Instabilität zeigt die Entwicklung dieses Landes nach 1997 allerdings auch, daß Machtkämpfe und Bürgerkriege in Zentralasien überwindbar und Konflikte regulierbar sein können und nicht zwangsläufig den Weg der Verstetigung beschreiten müssen, für den das schreckliche Beispiel Afghanistans steht.

⁷⁸ Vgl. Martha Brill Olcott, *Emerging Political Elites*, in: A. Banuazizi/M. Weiner (Ed.), *The New Central Asia and its Borderland*, London 1994, S. 44-67; S. Esenova, 'Tribalism' and Identity in Contemporary Circumstances: The Case of Kazakhstan, in: *Central Asia Survey*, 3/1998, S. 442-462; R. Osmanalieva, *Tribalism in Kyrgyz Society*, in: *Central Asia Monitor*, 5/1999, S. 10-12; N. Manasov, *Kazachskaja političeskaja i intelektual'naja ėlita: klanovaja prinadležnost i vnutrietničeskoe soperničestvo*, in: *Vestnik Evrazii*, 1/1996, S. 46-61; Paul Georg Geiß, *Voraussetzungen und Grenzen politischer Reformen in Turkmenistan. Ein sozialwissenschaftlicher Erklärungsansatz zur Politik in Zentralasien*, in: *Osteuropa*, 2/2000, S. 176-188.

⁷⁹ Keith Martin, *Regional and Religious Politics in Uzbekistan and Tajikistan: Some Preliminary Notes*, in: *Demokratizacija. The Journal of Post-Soviet Democratization*, Vol. 5, No. 3, Summer 1997, S. 325-350.

Uwe Halbach

Security in Central Asia

Part II: Guerrilla Warfare in the Ferghana Valley and the Problem of the "New Security Risks"

Bericht des BIOst Nr. 25/2000

Summary

Introductory Observations

The clashes between the armed forces of Kyrgyzstan, Uzbekistan and Tajikistan and irregulars from the militant opposition surrounding "the Islamic Movement of Uzbekistan" in the summer and autumn of 1999 and again since August 2000 have brought home to Central Asia the weakness of its security structures and drawn the region's security to international attention. The Central Asian governments have appealed to the international community to consider the incursions into the Fergana Valley by groups of fighters from Afghanistan and Tajikistan under the banner of Islam as a challenge to international security. International organisations like the UNO and OSCE have responded by giving stronger expression to their concern about the threat to Central Asia emanating from Afghanistan. Russia is advocating a "fight against international terrorism" within the framework of the CIS and on a global scale. But it is also trying to use this as a pretext for justifying its military campaign in Chechnya, a tactic that actually seems to encourage the interference of foreign Islamic forces on its southern flank. Despite some exaggerated reports of the strength of the "guerrilla troops" in the Fergana Valley, the hostile groups that the Uzbek Armed Forces currently face in the Province of Surkhandarya consist of a mere 70-100 men. Thus, in military terms the clashes are of purely local significance. More disturbing for the international community is that conflicts of this kind are closely bound up with other, less "traditional" security threats in the region, like the expanding drug trade and the shipment of drugs from Afghanistan via Tajikistan to CIS territory and beyond. The present report examines this connection and views the guerrilla warfare in the Fergana Valley in the context of the "new security risks" in the southern CIS.

Findings

1. The clashes in southern Kyrgyzstan in the summer and autumn of 1999, referred to as "the shock of Batken," were regarded in the region itself as a prelude to further infiltration from parts of Tajikistan no longer controlled by the Tajik government and from subversive centres under Taliban protection. When renewed clashes occurred in summer 2000 people began to speak of a domino effect and predicted that Kazakhstan would be the next state to experience infiltration of its southern provinces by terrorist groups.

2. Reports of terrorist structures in Central Asia focus on the "Islamic Movement of Uzbekistan," a group that first became known in 1999. This group is cited by official sources in Uzbekistan and other Central Asian states and by reports in the Russian and local press based on information gathered by the intelligence services as an example of the close links between "religious extremism," "crime and the drug trade" and "international terrorism." The group dates back to the early 1990s, when the confrontation between the secular state authorities and Islamic opposition movements in the Uzbek section of the Fergana Valley began. This confrontation escalated in the years that followed and culminated in a major crackdown by the authorities on "religious extremists." As a result the "Uzbek refugees" who fled to Tajikistan and Afghanistan to escape repressive measures came under the radical political and military influence of Muslim partisans in the Afghan civil war. The leaders of the movement, Tahir Yoldashev and Djuma Namangani, portray their military campaign in the Fergana Valley as taking up arms against the "Karimov regime," which they accuse of having persecuted "thousands of Muslims." Other sources – the Kyrgyzstan Security Council, for instance – believe the military operations of terrorist groups in southern Central Asia is designed to keep protect drug routes from the state authorities.
3. Russian sources are inclined to see a connection between the guerrilla warfare in the Fergana Valley, the war in Chechnya and what they perceive as the "radical re-Islamisation" of the Northern Caucasus. In this version of events, Afghanistan and Chechnya are regarded as the seat of an anti-Russian "Jihad," allegedly being waged in the south of the CIS by "Islamic terrorists from dozens of countries." A close connection is drawn between "Islam in Central Asia" and security policy and geopolitics, but the simplistic formula of "religious extremism" and politicised Islam fails to take account of the enormous regional variations in culture and religion in Central Asia. The "Islamic threat" has come to serve as a blanket term for a broad spectrum of regional security and stability issues, which range from socio-economic crises and conflicts to more clearly identifiable security risks, such as the expanding drug trade.
4. These indigenous security problems are clearly demonstrated in the Fergana Valley, the scene of the aforementioned clashes. This region, which spans troubled areas of Uzbekistan, Kyrgyzstan and Tajikistan, has, for a variety of reasons of a geographical, demographic, socio-economic, historical and cultural nature, become a problem area for Central Asian security policy.
5. The term "new security risks" is used to describe a host of security problems in the post-Soviet region. They include social and ethnic conflicts, secessionist tendencies in multi-ethnic states, conflict-laden regional loyalties, corruption and crime in societies in transition, environmental problems and demographic developments. They offer a breeding ground for various forms of extremism, be they ethnic, religious or political. This report focuses on three security risks that have either long-term relevance for Central Asia or already present an acute danger, and discusses them in more detail. These are demographic developments, water and environmental problems and the drug trade.